



Ärger in Washington wegen Indiskretion um TV Martí

• Die USA benutzen Systeme und Kanäle, die kubanischen Sendern zugewiesen sind, für neue Aggressionen im Äther

Seite 3

Reporter ohne
Grenzen - nun auch
ohne Stimme
in der UNO?

Seite 16



LEICHTATHLETIK

Yipsi Moreno und
Katuska Pérez
mit neuen nationalen
Rekorden

Seite 12



Die BRD auf der CUBADISCO 2003

• Der Ehrengast präsentierte sich mit Klassik und Techno

Seite 11

8 SEITEN BEILAGE MIT DER REDE FIDELS IN ARGENTINIEN

Das Symbol der neoliberalen Globalisierung hat einen schweren Schlag erlitten

• Der neue Präsident Nestor Kirchner erklärte, die Auslandsverschuldung könne nicht bezahlt werden, wenn den Argentinern nicht Arbeit, die Bildung ihrer Kinder und der Zugang zu ärztlicher Versorgung garantiert werde

siehe auch Seite 13

Granma
INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND
LATEINAMERIKA

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial,
Plaza de la Revolución Jose Martí,
Apartado Postal 6260, La Habana 6,
Cuba. C.P. 10699 Telex 0511 366/0511 221.
E-mail: informacion@granmai.cip.cu
Fax: (53-7) 873-5176 und 33-5826
Tel: 881-6265 / 881-7443
Zentrale: 881-3333 App. 23 und 381

GENERALDIREKTOR
Frank Agüero Gómez

CHEFREDAKTEUR
Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER
Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF
Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION
Gustavo Becerra Estorino

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Orlando Gómez Balado

PRODUKTIONSCHEF
Migdalia Hardy Mengana

TEAMCHEFS
Layout

Orlando Romero Fernández
Tel. 881-6021

Deutsche Ausgabe
Hans-Werner Richert
Tel. 881-6021 / 881-1679

Spanische Ausgabe
Gustavo Becerra Estorino

Englische Ausgabe
Angie Todd
Tel. 881-6054 / 881-1679

Französische Ausgabe
Annie Massaga
Tel. 881-1679 / 881-6054

Portugiesische Ausgabe
Miguel Ángel Álvarez
Tel. 881-6054 / 881-1679

Vertrieb und Abonnements
Miguel Domínguez Hernández
Tel. 881-9821

Druck
Zeitungsverlag Granma,
Havanna Kuba

NACHDRUCK
Brasilien

Cooperativa de trabalhadoras em
Serviços Editoriais e Notícias Ltda. Rua
Regente Feijó, 49-2º andar CEP
20.060 Rio de Janeiro Tel. (021)
242-3430 Fax (021) 242-1320

Kanada
ANPO

P.O. Box 156, Station A Toronto,
Ontario, Canada M5M 2T1
Anzeigen und weitere Information:
Tel./Fax (416) 253-4305

WEBSITE INTERNET
<http://www.granma.cu>

ISSN 0864-4624



Im Apartment Nr. 6 des modernen Gebäudes wohnen die Eheleute Victoria López, 72, und Emilio Medina, 66 Jahre alt. "Wir sind glücklich. Wir träumen noch", sagte Emilio bewegt

Wohnungen für obdachlose Alte im Historischen Zentrum von Havanna

• Erstmals sammelt ein kubanischer Stadtteil Erfahrungen dieser Art

TEXT UND FOTO: ALBERTO D. PEREZ - für Granma Internacional

• MÖBLIERTE Wohnungen für alte Menschen wurden im Historischen Zentrum von Havanna als Teil eines Plans gebaut, der vom Programm der Vereinten Nationen für die Entwicklung (UNDP) unterstützt wird.

"Das Projekt ist ein Symbol menschlicher Solidarität, die auf unserem Planeten Vorrang haben sollte", sagte Bruno Moro, der ständige UNDP-Vertreter, bei der Einweihung des Gebäudes.

Die Einrichtung wurde mit Hilfe des UNDP-Programms für Örtliche Menschliche Entwicklung, der Italienischen Kooperation und dem Komitee für dezentrale Kooperation der Provinz Florenz gebaut. Sie beherbergt bereits elf Frauen und Männer im Alter von durchschnittlich 75 Jahren.

Worte des Dankes und der Freude bekundeten neben dem Präsidenten des Verwaltungsrates von Habana Vieja, Luis González Ricardo, auch die Vertreterin des Rahmenplans für das Historische Zentrum, Patricia Rodríguez; der Bürgermeister der florentinischen Gemeinde Lastra a Signa, Carlo Moscardini, und im Namen der Bewohner dieses schönen Hauses, Ida Baeza.

Die *Residencia Protegida* (Behütetes Wohnen) ist die erste Erfah-

rung dieser Art in Kuba, die alleinstehenden oder unter schlechten Wohnbedingungen lebenden alten Menschen die Möglichkeit bietet, in eine neue, vollständig möblierte Wohnung, bestehend aus Wohnzimmer, Küche, Bad, Schlafzimmer und einem kleinen Wirtschaftsraum, in den beiden oberen Etagen des renovierten Gebäudes, Ecke Cuba und Muralla, in der Altstadt, zu ziehen.

Im Erdgeschoß ist ein geräumiger Gemeinschaftsraum vorhanden, in dem sich die Bewohner zum Fernsehen zusammen finden oder Besuche anderer alter Menschen und der Kinder aus der Nachbarschaft empfangen, die mehrmals in der Woche zu ihnen kommen. Zu ihrer Unterhaltung werden Kunstausstellungen



Von links: der erste technische Berater des Programms APPI/PDHL, Giovanni Camilleri; der ständige Vertreter des UNDP, Bruno Moro; der Vorsitzende der Kreisverwaltung von Habana-Vieja, Luis González, und der Bürgermeister der florentinischen Gemeinde Lastra a Signa, Carlo Moscardini

gen, kulturelle Darbietungen und Vorträge über Hygiene und Gesundheit veranstaltet.

Dort haben außerdem der Familienarzt und die Krankenschwester ihre Praxis. Sie wohnen ebenfalls in diesem Haus und stehen den alten Leuten rund um die Uhr zur Verfügung.

Rosendo Mesías, der Vertreter der Gruppe für Kommunale Arbeit in Habana Vieja, der die Zusammenarbeit mit dem Programm für die Örtliche Menschliche Entwicklung (PDHL) koordiniert, äußerte gegenüber Granma Internacional, diese neue Modalität sei eine Ergänzung der Fürsorge für die Menschen im dritten und vierten Lebensabschnitt in diesem Wohngebiet.

"18 Prozent der Bevölkerung unseres Kreises, das sind ca. 17.000 Personen, sind ältere Menschen, von denen 2.500 allein leben. Die Zahlen vermitteln eine Vorstellung von der Aufgabe, die vor uns liegt", stellte er fest.

Die Leistungen für das dritte Alter werden sowohl von der Kreisverwaltung als auch vom Büro des Stadthistorikers, dessen Gruppe eine wesentliche Rolle bei der pünktlichen Fertigstellung der Bauobjekte spielt, als vorrangig

angesehen.

So bestehen bereits zwei *Casas de Abuelos*, Tagesstätten für alte Menschen, in denen sie die Mahlzeiten einnehmen, sich unterhalten können und medizinisch betreut werden. Im Historischen Zentrum gibt es auch eine sehr populäre Klinik, wo Naturheilkunde und herkömmliche Medizin betrieben wird, und in der körperliche Beschwerden mit Akupunktur, Fangobädern und Heilgymnastik behandelt werden. "Die Klinik wird von den alten Menschen gern besucht, auch von denen aus anderen Gegenden der Stadt", sagt Rosendo Mesías.

Im ehemaligen Bethlehemkloster, das zusammen mit einer Kirche vom Büro des Stadthistorikers renoviert und der kubanischen Kurie übergeben wurde, sind weitere Wohnungen für alte Leute eingerichtet worden und an einer dritten *Casa de Abuelos* wird gebaut. Unterdessen entsteht auch eine zweite *Residencia Protegida*, gemeinsam mit dem PDHL, der Euskal Fondoa und dem Kreis Vitoria Gasteiz (Baskenland), wie uns der erste technische Berater des APP/PDHL, Giovanni Camilleri, berichtet.

Carlo Moscardini und sein Amtskollege aus der italienischen Gemeinde San Piero a Sieve, Alessia Ballini, waren mit einer Delegation aus der Provinz Florenz zur Einweihung gekommen und teilten die Freude der dort wohnenden alten Leute.

Bruno Moro bezog sich in seinen Worten auf die komplizierte Welt von heute, in der Mauern des Unverständnisses zwischen den Ländern und Völkern errichtet werden. Aber es gebe auch Beispiele der Unterstützung, Solidarität und des Verständnisses wie dieses, das zum Bau dieser schönen Wohnstätte für alte Menschen im Historischen Zentrum von Havanna geführt hat.

Abschließend sagte er, die Vereinten Nationen seien über dieses gelungene Ergebnis sehr froh, - es sei eine konkrete Entwicklungsaktion - und beglückwünschte alle an diesem Werk Beteiligten herzlich: die Kreisbehörden, das Büro des Stadthistorikers, das Komitee für dezentrale Kooperation der italienischen Provinz Florenz sowie die Italienische Kooperation, und verspreche, die Arbeiten über ihr Programm der Örtlichen Menschlichen Entwicklung (PDHL/Cuba) fortzusetzen, um neue Aktionen des Fortschritts und der Freude zu verwirklichen. •

Fidel verlangt, daß Washington die internationalen Normen für Rundfunkübertragungen einhält

• **Fernsehsender für Bildungsprogramme jetzt in allen Provinzhauptstädten zu empfangen**
 • **Einführung eines vierten Fernsehkanals, der auch der Bildung gewidmet sein wird, angekündigt**



• PRÄSIDENT Fidel Castro, der die gegen Kuba gerichtete Einmischung über Funk- und Fernsehkanäle anprangerte, verlangte, daß von der US-Regierung die Einhaltung der Normen für Radioübertragungen gefordert wird.

Angesichts der neuen aggressiven Eskalation der US-Regierung sagte er, daß auf der Insel "niemand erschrocken ist", und als faire Widersacher raten wir, "sie möge sich die Dinge besser überlegen", denn es hätte für all das Gezeter vom 20. Mai mit den Manövern gegen Kuba nicht so viel Geld ausgegeben werden müssen, um "die zuckersüße Rede des Herrn Bush" zu übertragen, denn schließlich veröffentlichten wir sie auf der ersten Seite der *Granma* und übertrugen sie einen ganzen Tag lang auf allen TV- und Radiosendern.

Fidel weihte am 23. Mai die Erweiterung des Bildungskanals des kubanischen Fernsehens auf alle Provinzhauptstädte ein.

Der Chef der Revolution kündigte am Runden Tisch im Fernsehen, der diesem hervorragenden Kulturereignis gewidmet war, an, daß die Schlacht der Ideen mit zunehmender Stärke fortgesetzt würde und in den ersten drei Monaten des Jahres 2004 ein vierter Fernsehkanal zu erwarten sei, der sich ebenfalls der Bildung widme.

Mit dem Beginn der Ausstrahlung von Bildungsprogrammen in der Provinz Ciudad de La Habana und zum großen Teil auch in der Provinz La Habana, am 9. Mai 2002, wurde der *Canal Educativo* (Bildungskanal) eingeweiht, der sich mit einem umfassenden Bildungsprogramm alle Bildungsstufen abdeckt, begonnen beim Kindergarten über die Oberstufe und die Berufsschulen, bis hin zur Universität für Alle.

Dazu zählen auch die Abendprogramme von Montag bis Freitag und die Wochenendsendungen für die gesamte Bevölkerung.

Fidel erinnerte an den 3. Juli 2000, als in der *Granma* ausführlich das Konzept der massiven umfassenden Allgemeinbildung erläutert wurde, das Wochen zuvor als das Hauptziel der Revolution in der neuen historischen Etappe proklamiert worden war. Darin spielte das Fernsehen eine entscheidende Rolle.

Am 2. Oktober 2000 erblickte das Programm Universität für Alle das Licht der Welt. 28 Kurse von insgesamt 1.086 Fernsehstunden sind im Rahmen dieses Programms, von den Wiederholungen abgesehen, bereits gesendet worden. Diese Kurse wurden von 441 Dozenten mit hohem professionellen und akademischen Niveau gegeben.

Fidel erwähnte das Abkommen mit China,

das im ersten Halbjahr 2001 geschlossen wurde und das die Einfuhr von einer Million 21-Zoll-Farbfernsehgeräten zur Absicherung des Bildungsprogramms innerhalb des nationalen Bildungssystems beinhaltet.

Ab September dieses Jahres werden die Signale des neuen TV-Kanals von 9.082.135 Personen empfangen werden können, das sind ca. 85-90 Prozent der gesamten Bevölkerung, während sie heute von 7.749.000 gesehen werden können.

Kuba habe Techniken entwickelt, so Fidel, um Lesen und Schreiben über Radio zu lehren. Texte in fünf Sprachen, Kreol, Portugiesisch, Französisch, Englisch und Spanisch liegen dafür vor. Einige Länder würden sie schon anwenden, sagte er, und ergänzte, daß ein sehr gutes Fernsehprogramm zur Alphabetisierung in spanischer Sprache so gut wie abgeschlossen sei.

Als er darauf hinwies, daß es internationalen Meldungen zufolge in der Welt ca. 860 Millionen erwachsene Analphabeten gebe, und zwei Drittel davon Frauen sind, bekräftigte er, daß Kuba bereit sei, der UNESCO diese vorliegenden Alphabetisierungsprogramme zu übergeben, und wies darauf hin, daß diese auch der des Lesens und Schreibens unkundigen Bevölkerung der USA dienen könnten.

Während die Regierung jenes Landes "Luftballons aufbläst" und "Flugzeuge startet", um unsere Anstrengungen zu zerstören, mangle es im Bundesstaat Florida jährlich an 6.000 Lehrern, und in den nächsten zehn Jahren würden, nach Angaben des *Miami Herald* vom 4. November 2002, 160.000 neue Lehrer gebraucht, führte Fidel an.

Mehr als 142.000 Schüler der öffentlichen Schulen von Süd-Florida können nicht lesen. In diesem Staat soll eine Grundschulklasse 25 Schüler zählen, aber ein großer Teil hat 38 Schüler, während in Havanna heute 19 Kinder in einer Klasse sind. Vor zwei Jahren waren es noch durchschnittlich 37.

Der Gouverneur von Florida kürzte den Bildungs- und Gesundheitsetat weiterhin, aber wenn sie möchten, so Fidel, lehren wir diese Kinder Lesen und Schreiben über Radio und Fernsehen. "Wir haben die Methodik dafür", stellte er heraus, "und sind bereit, es kostenlos zu tun, wie auch in jedem Land der Dritten Welt."

In Bezug auf die hohen Bildungskosten in den USA zitierte der Revolutionsführer das Beispiel der privaten Gymnasien in Florida, für die man, wie der *Miami Herald* anführt, jährlich 10.000 bis 20.000 Dollar bezahlen muß. •

Ärger in Washington wegen Indiskretion um TV Martí

GABRIEL MOLINA – *Granma Internacional*

• EIN hoher Beamter des Weißen Hauses ärgerte sich, so der *Nuevo Herald* vom 22. Mai, über eine Indiskretion zu den Übertragungen des als TV Martí bezeichneten Kanals vom 20. Mai.

Der Beamte kritisierte die Erklärungen "gewisser Personen" in Miami, die an jenem Tag die Presse über die bevorstehenden Sendungen informiert hatten.

"Sehr unglücklich war, daß einseitige Informationen über die vorgesehenen Übertragungen, die aus nicht autorisierten Quellen stammten, verbreitet wurden, wodurch die Aktion der Übertragung von Radio Martí und TV Martí in Gefahr gebracht wurden. Hier herrscht großer Ärger darüber", sagte er.

Die Enthüllungen zu den Probesendungen stammten von Otto Reich, der den *Nuevo Herald* informiert hatte. Dieser schrieb prompt dazu: "Ein Jahr, nachdem Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, versprochen hatte, daß die Sendestärke von Radio Martí und TV Martí erhöht würde, damit ihre Übertragungen in Kuba ankämen, brachte der Fernsehsender ein Probeprogramm, mit dem die ständigen Störungen der Insel umgangen werden sollten."

"Mit dieser ersten Probephase, der weitere folgen werden, erfüllen wir das Versprechen von Präsident Bush", sagte Otto Reich, der Sondergesandte des Weißen Hauses für Angelegenheiten der Hemisphäre."

Am Vorabend hatte Kuba in einem Leitartikel der Tageszeitung *Granma* die Übertragungen des sogenannten TV Martí von US-Territorium aus kommentiert.

Die Zeitung aus Havanna meldete, das Signal des US-Kanals sei von 18.00 bis 20.00 Uhr "in mehreren kubanischen Provinzen auf den Sendern für Bildungs-, Informations- und Unterhaltungsprogramme empfangen worden".

Der *Nuevo Herald* bekannte in seinem Artikel, daß "TV Martí am Dienstag von 18.00 bis 22.00 Uhr auf den Kanälen 13 und 18 und dem Werbekanal Direct TV-Latinoamérica nach Kuba sendete".

Abschließend wird darin noch zu dem Empfang von TV Martí in der kubanischen Hauptstadt freudlos festgestellt, daß "drei Einwohner von Havanna, telefonisch vom *Nuevo Herald* befragt, bald nach Beginn der Übertragung mitgeteilt haben, auf den beiden Kanälen das Signal nicht empfangen zu haben", aber das Programm sei von Leuten gesehen worden, die eine Satellitenschüssel hätten.

"Die Sonderübertragung ist eine Probe, bei der ein Flugzeug und ein Satellit benutzt werden", erläuterte die Zeitung noch und



War Otto Reich indiskret?

gab die Quelle an. "Wir haben die Potenz und Reichweite des Ballons erhöht und werden noch andere Maßnahmen ausprobieren. All das ist Teil der begonnenen Modernisierung des Senders TV Martí, für den wir verschiedene Übertragungspunkte benutzen, die wir aber der Regierung Kubas nicht nennen wollen."

In dem ironischen Leitartikel der *Granma* waren die erwähnten "Proben" schon entsprechend bewertet worden: "Eigentlich waren die Übertragungen kein technischer Erfolg, auf den man stolz sein könnte".

In Miami war der 20. Mai ein schlechter Tag für die extremistischen Elemente, die auf die Regierung Druck ausüben, damit sie ihre Maßnahmen gegen Kuba verstärkt. Der *Herald* schrieb: "Wir hatten uns mehr von den Proben erhofft". Der Hauptakteur der Flugzeugprovokation vom 24. Februar 1996, José Basulto, bezeichnete es als "eine Bemühung, die hoffentlich fortgesetzt wird, die nicht nur für einen einzigen Tag bestimmt ist".

Im Fernsehen sagte Präsident Fidel Castro, daß in diplomatischen Noten jener Regierung wiederholt vor Flügen, wie dem von José Basulto, gewarnt worden sei, andererseits aber ein Flugzeug der Streitkräfte ausgerüstet worden sei, "um das gleiche zu tun, wie das andere Flugzeug". Organisationen wie die Vereinten Nationen und die UNESCO sollten von Washington auch die Beachtung der Normen verlangen, die am 20. Mai verletzt worden seien.

Jedenfalls zeigte der Zwischenfall, der den "hohen Beamten des Weißen Hauses" verärgert hat, noch einmal die krankhafte Natur des Drucks, den die US-Kubaner, die aus Dankbarkeit von Präsident Bush in die Regierung aufgenommen wurden, auf die Mächtigen in den USA ausüben. •

Ja,

Ich bestelle für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 15 Euro

6 Monaten (6 Ausgaben) 8 Euro

Zahlungsweise

gegen Rechnung Per Bankeinzug

Anschrift

Meine Bankverbindung

Name

Geldinstitut

Str./Nr

BLZ

PLZ/Ort

Konto

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
 Cupon an:
 GNN Verlag
 Zülpicherstr. 7
 50674 Köln
 Tel: 0221-21 1658



Florentino Batista, Vizekonsul der kubanischen Interessenvertretung in Washington, mit seiner Ehefrau bei der Rückkehr nach Havanna

AUSWEISUNG VON KUBANISCHEN DIPLOMATEN

Eine politische Entscheidung, erklärt das FBI

JIM CASON UND DAVID BROOKS
– Korrespondenten der *New York Times*

• WASHINGTON.- Das FBI bestätigte, daß die Regierung von George W. Bush 14 kubanische Diplomaten aus politischen Gründen, und nicht wegen Spionagetätigkeit, ausgewiesen hat.

Mit der Erklärung von FBI-Offizieren gegenüber der *New York Times*, Beamte "höchster Ebene" des Weißen Hauses und des State Departement hätten entschieden, sieben Kubaner in New York und andere sieben in Washington zu "persona non gra-

ta" zu erklären, wurde die kubanische Version bestätigt, daß die Ausweisungen aufgrund einer politischen Entscheidung erfolgten, um die Spannung zwischen Kuba und den USA zu erhöhen.

Obwohl Philip Reeker, der Sprecher des State Departement, sagte, daß die Kubaner aufgrund "unangebrachter und unannehmbare Aktivitäten gegen die USA" ausgewiesen werden, und diese Entscheidung mit Spionage in Verbindung brachte, informierte das FBI, die Ausweisungen seien nicht auf einen derartigen Grund zurückzuführen. "Die Entscheidung war nicht unsere

Empfehlung", erklärte ein Beamter des FBI der *New York Times*.

Das Weiße Haus und das State Departement beschlossen, kubanische Diplomaten auszuweisen, und erst danach baten sie um eine Liste von Verdächtigen, die beschuldigt werden könnten. "Die Ausweisungen wurden nicht mit Spionagetätigkeit begründet", stellte die Quelle klar.

Dagoberto Rodríguez Barrera, der Leiter der kubanischen Interessenvertretung in Washington, erklärte: "Wir forderten die US-Regierung und das State Departement auf, auch nur einen einzigen Beweis von illegaler Aktivität seitens der Funktionäre dieser Interessenvertretung zu erbringen. Sie wissen, daß sie wie professionelle Pinocchio lügen."

Die Regierung von Präsident Bush wies diese Kubaner aus, "um die Spannungen zu erhöhen, die zur Schließung der Interessenvertretungen führen könnten", äußerte Rodríguez.

Ein großer Teil der US-Diplomaten in Havanna bearbeiten die Visaanträge der 20.000 Kubaner, die nach dem zwischen beiden Ländern unterzeichneten Migrationsabkommen in die USA einreisen können. Wird die US-Interessenvertretung in Kuba geschlossen, könnte das eine chaotische Auswanderungswelle auf der Insel auslösen, die "eine US-Aggression gegen Kuba rechtfertigt", erklärte Rodríguez.

"Das ist der Traum der ultrarechten Gruppen und Terroristen in Miami und der antikubanischen Vertreter in der US-Regierung", äußerte der Leiter der Interessenvertretung Kubas in Washington. "Diese Regierung hat ihre Verpflichtungen gegenüber jenen Gruppen bewiesen und ihre Bereitschaft, jedem ihrer Wünsche, und seien ihre Bitten noch so sinnlos, zu entsprechen, als Gegenleistung für vergangene Gefälligkeiten und solche, die sie in zukünftigen Wahlen erwartet."

Aber es gibt keinen Konsens in der politischen Spitze Washingtons in Bezug auf die Insel. Am gleichen Tag lancierten Senatoren und Vertreter der "Kuba-Arbeitsgruppen" in beiden Kammern des Kongresses eine neue Kampagne zur Aufhebung der Reisebeschränkungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba. Die Vereinigung Amerikanischer Farmer, die Gesellschaft der Reiseveranstalter und die Koalition USA Engage, eine Organisation von mehr als 600 Großunternehmen, unterstützen diese Initiative.

Im vergangenen Jahr stimmte die Mehr-

heit des Repräsentantenhauses für ein Gesetz zur Abschaffung der Reiseeinschränkungen nach Kuba. Zu denen, die sie beseitigen wollen, zählen auch David Rockefeller, der ehemalige Verteidigungsminister James Schlesinger, General Jack Sheehan, der Präsident des Unternehmens Archer Daniels Midland, Dwayne Andreas, und der republikanische Gouverneur von Süd Carolina, Mark Sanford.

RÜCKKEHR DES ERSTEN AUSGEWIESENEN DIPLOMATEN

Die auf Lügen und Verleumdungen gegründete Entscheidung der USA zur willkürlichen Ausweisung von 14 kubanischen Diplomaten ist eine weitere Provokation der US-Regierung, die darauf abzielt, eine Krise heraufzubeschwören und eine Konfrontation zwischen beiden Ländern zu erzielen, äußerte Florentino Batista González, der Vizekonsul der kubanischen Interessenvertretung in Washington, der sich in der ersten Gruppe befand, die in ihr Land zurückgekehrt ist.

Der junge Diplomat (32) reiste in Begleitung seiner Ehefrau, Olga León, und wurde auf dem Internationalen Flugplatz José Martí von Familienangehörigen und Vertretern des Außenministeriums empfangen.

Der nationalen Presse gegenüber erklärte er, daß diese niederträchtige Aktion, sieben Diplomaten der Kubanischen Vertretung vor den Vereinten Nationen und weitere sieben der Interessenvertretung in Washington unter dem Vorwand auszuweisen, sie würden mit ihrer Tätigkeit unvereinbare Aktivitäten realisieren, sei eine neue aggressive Eskalation gegen unser Land und man wolle damit dem Ansehen der kubanischen Diplomatie schaden, die dort, wo sie unser Land vertritt, eine würdige und korrekte Arbeit im Rahmen ihrer Tätigkeiten leistet.

Dieser Racheakt gegen unser Land, klagte er an, sei gleichzeitig eine Maßnahme gegen die Fünf zu Unrecht in US-Gefängnissen haftenden kubanischen Helden. Die ausgewiesenen Diplomaten haben die Fünf im Gefängnis besucht und ihnen bei der Erledigung von Formalitäten geholfen.

(Reynold Rass) •

20 Jahre Haft bis lebenslänglich wegen versuchter Flugzeugentführung

• AM 13. Mai fand vor der Strafkammer für Vergehen gegen die Sicherheit des Staates beim Volksgericht von Havanna ein mündliches und öffentliches Gerichtsverfahren in der Sache 18 aus 2003 statt, in dem gegen die acht Individuen aus dem Sonderbezirk Insel der Jugend verhandelt wurde, die am 10. April in Nueva Gerona festgenommen worden waren, weil sie nach gemeinsamer Verabredung dabei waren, einen vorher ausgearbeiteten Plan durchzuführen, der darin bestand, ein Flugzeug der Route Havanna – Nueva Gerona zu überfallen. Ziel war es, die Kontrolle des Flugzeuges an sich zu reißen, die Passagiere als Geiseln zu nehmen und die Besatzung zu zwingen, in die Vereinigten Staaten zu fliegen. Dazu benutzten sie mehrere Messer und ein Gewehr der Marke AK-M, das sie zuvor einem jungen Soldaten entrissen hatten, der in einer nahegelegenen Militäreinheit Wachdienst leistete. Sechs von ihnen waren bereits vorbestraft und alle zeichneten sich durch asoziales Verhalten aus.

Die Entführung des Flugzeuges und der Passagiere konnte durch das schnelle Handeln der Behörden verhindert werden.

Das Gericht betrachtete diese schwerwiegenden Vergehen als bewiesen und erklärte sie nach den Artikeln 10, 11, 13, 17, 19, 18 und 25 des Gesetzes Nr. 93, "Gesetz gegen Akte des Terrorismus" als TERRORAKTE und gemäß Artikel 327 des Strafgesetzbuches als RAUB. Deshalb wurden die fünf Täter LEUDIS ARCE ROMERO, JOSE ANGEL DIAZ ORTIZ, FRANCISCO REYES RODRIGUEZ, LAZARO AVILA SIERRA und JORGE LUIS PEREZ PUENTES **ZU LEBENSLÄNGLICHER HAFT VERURTEILT** und die drei Kriminellen DAVIEL GAINZA LEYVA, FIDEL FRANCISCO RANGEL SANCHEZ und BODANIS ZULUETA RAMOS zu 20, 25 bzw. 30 JAHREN FREIHEITSENTZUG.

Die Verurteilten hatten Berufung gegen die oben angeführten Gerichtsurteile bei der zuständigen Stelle des Obersten Volksgerichts eingelegt.



Seit dem 19. März wurden 29 Pläne zur Entführung von Schiffen und Flugzeugen unter Gewaltanwendung festgestellt, zu denen durch die US-Einwanderungspolitik ermuntert worden war. Auf dem Foto: kubanische Spezialtruppen retten die Passagiere der Fähre Baraguá

DIE FÜNF

USA verweigern den Ehefrauen von Gerardo und René erneut die Einreise

MARELYS VALENCIA ALMEIDA
- Granma Internacional

• ZUM dritten bzw. zweiten Mal verweigern die USA Olga Salanueva und Adriana Pérez O'Connor das Einreisevisum zum Besuch ihrer Ehemänner, René González und Gerardo Hernández, zwei der Fünf Kubaner, die in US-Gefängnissen extreme Strafen verbüßen, weil sie Kuba vor Terrorakten schützten.

Die ersten angeblichen Spione in der Geschichte der USA, denen man derartige Vergehen nicht nachgewiesen hat, wie sich Parlamentspräsident Ricardo Alarcón, ein scharfsinniger politischer Analytiker, erinnert, warten darauf, daß das Bundesgericht des 11. Distrikts in Atlanta die Argumente der Verteidiger annimmt, um einen neuen Prozeß, ohne die offensichtliche Parteilichkeit und Grausamkeit des in Miami statt gefundenen, anzustrengen.

Die Berufung, die am 7. April von vier der fünf gesetzlichen Vertreter eingereicht wurde, versucht Gerechtigkeit für die fünf jungen Kubaner zu erwirken, die in einer Stadt verurteilt wurden, die unter dem Einfluß antikubanischer Elemente der Ultrarechten steht.

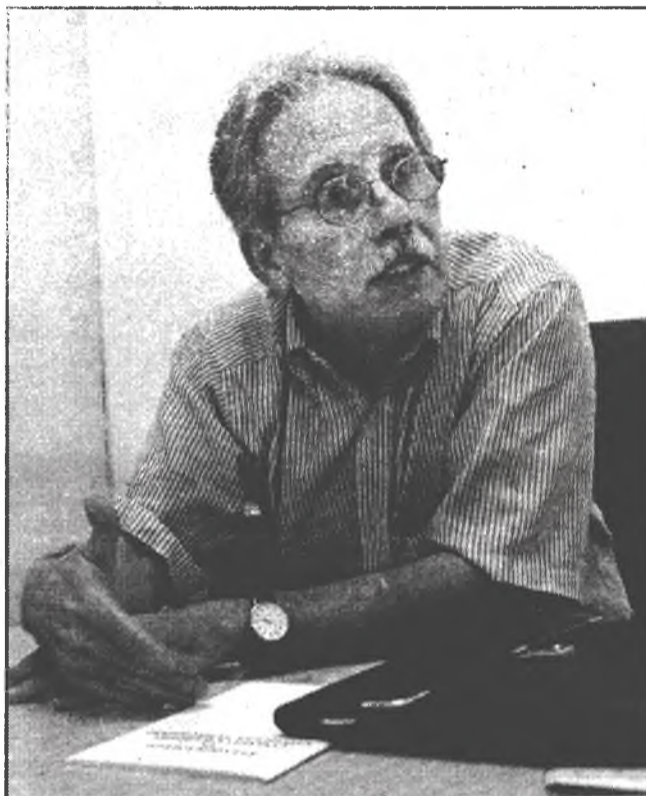
Von Beginn an wurde ihr Antrag auf Verlegung der Verhandlungen in eine andere Stadt mit der Begründung abgelehnt, Miami sei eine kosmopolitische Stadt, in der ein gerechter und unvoreingenommener Prozeß möglich sei, obwohl sie das Mekka terroristischer Gruppen und Organisationen ist, die tatkräftig gegen Kuba vorgehen.

Die Ablehnung der Richterin Joan Lenard, so die Meinung von Miguel Alvarez, des Beraters des kubanischen Parlaments, kontrastiere mit der Befürwortung im Fall Ramírez gegen Ashcroft. Am 25. Juni 2002, ein Jahr nach Ende des Prozesses gegen Antonio Guerrero, tat der gleiche US-Staatsanwalt des Distrikts Süd von Florida im zivilen Rechtsstreit Ramírez gegen Ashcroft und andere, Fall Nr. 01-4835-Civ-HUCH, etwas Außergewöhnliches. Er bat darum, die Verhandlung außerhalb von Miami, in einer anderen Stadt, zu führen. Ironischer Weise begründete er sein Gesuch damit, die "äußeren Einflüsse" würden einen gerechten Prozeß in einer diskriminierenden Aktion in Bezug auf den US-Generalstaatsanwalt "praktisch unmöglich" machen. Jetzt war es also nicht mehr die besagte, "äußerst gemischte", "politisch nicht monolithische" Stadt mit einer "großen Diversität", Eigenschaften die vorher angeführt wurden, um den Antrag der Fünf abzulehnen.

Mit einem einzigen Paragraphen habe die Richterin Lenard ein Dokument abgefertigt, das von zahlreichen Beweisen, selbst anerkannter US-Institutionen und Kommissaren in Sachen Menschen- und Bürgerrechte, begleitet war, sagte Miguel Alvarez bei einem Zusammentreffen mit Journalisten von *Granma Internacional*.

Verschiedene an diesem Fall interessierte Juristengruppen und -gesellschaften in den USA und Kuba haben in ihrer Eigenschaft als Freunde des Gerichtshofes um die Verlegung des Verhandlungssitzes und die Aufnahme einer Analyse der Berechtigung Kubas, sich gegen den Terrorismus zu verteidigen, ersucht.

Die Arbeit mit den *Amicus*, so Miguel Alvarez, ist ein Faktor für die Mobilisierung der internationalen Rechtsgemeinschaft, der die Ursachen und Situation des Falles unbe-



Ein starkes Argument für die Berufung ist für Miguel Alvarez, Berater des kubanischen Parlaments, die Tatsache, daß Gerardo Hernández der Konspiration zum Mord beschuldigt wird, obwohl selbst die Staatsanwaltschaft diese Anklage als nicht zu beweisen ansieht

kannt sind, da ihm die großen Kommunikationsmedien kaum Beachtung schenken.

Ist von Diskriminierung und Parteilichkeit eines Gerichts die Rede, genügen zwei weitere, ebenfalls außergewöhnliche Beispiele. Den Anwälten der Verklagten war der Zugang zu 80 Prozent der Beweismittel gegen die Fünf verwehrt, und was die Konspiration zum Mord betrifft, die Gerardo Hernández Nordelo zur Last gelegt wird, ist es auch das erste Mal, daß eine Person ohne jeglichen Beweis dieses Delikts beschuldigt wird.

Gerardo wurde wegen Mord ersten Grades, d.h. wegen vorsätzlichen Mordes verurteilt. Zum ersten Mal in der Geschichte der USA, erklärte Alarcón kürzlich auf einer internationalen Konferenz, werde gegen jemand eine derartige Beschuldigung ausgesprochen, ohne daß die Mordwaife präsentiert wird, oder das Instrument, mit dem der Tod angeblich herbeigeführt wurde, existiert, oder es auch nur einen einzigen Zeugen gibt, der etwas zu den Umständen der Tat anführen könnte.

Das Ganze war so absurd, daß selbst die Staatsanwaltschaft im Mai 2001, als das Verfahren abgeschlossen war und sich die Geschworenen beraten wollten, dieses unglaubliche Attentat gegen die Justiz anerkannte, in dem sie ein Dokument vorlegte, in dem es heißt: "Angesichts der in diesem Prozeß vorgelegten Beweise (bezogen auf die Mordanklage) ist dieser Fall für die Vereinigten Staaten ein unüberwindli-

ches Hindernis, so daß die Anklage mit dieser Beschuldigung möglicherweise scheitert, da sie für die Staatsanwaltschaft eine unüberwindliche Hürde darstellt."

Der Angeklagte Gerardo Hernández wurde auf skandalöse Weise schuldig gesprochen für das, was die Staatsanwaltschaft selbst als nicht beweisbar betrachtete, und erhielt zweimal lebenslängliche und zusätzlich 15 Jahre Haft.

In diesem Punkt steckt ein starkes Argument für den Antrag auf die Notwendigkeit der Verlegung des Verhandlungsortes, wie Miguel Alvarez feststellte.

Als Leonard Weinglass, der Anwalt von Antonio Guerrero, am 12. November 2002 seinen Antrag vorlegte, hatte er die Unterstützung der nationalen Anwaltsvereinigung der USA, die der Analyse dieses Falls einen großen Teil ihres letzten Kongresses widmete, und einem Dokument zustimmte, das den Antrag unterstützt. Ebenso verhielt sich die Amerikanische Gesellschaft Demokratischer Juristen, die hervorragende Richter und Anwälte des Kontinents in sich vereint, während das National Jury Project, eine weitere angesehene US-Organisation, die sich dem Studium der gesetzlichen Bedingungen, unter denen die Prozesse stattfinden, widmet, das Dokument prüfte und ebenfalls unterstützte.

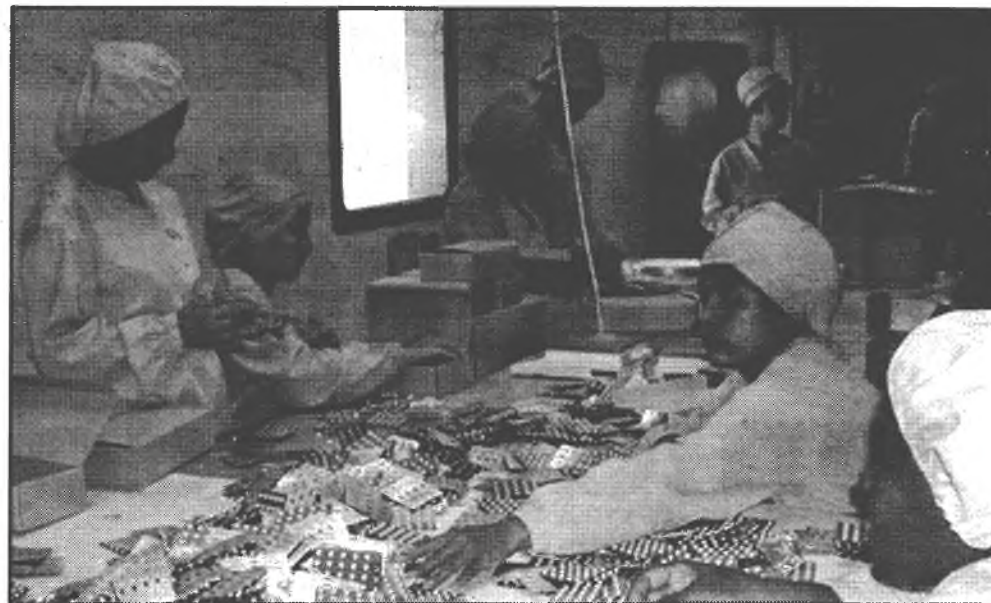
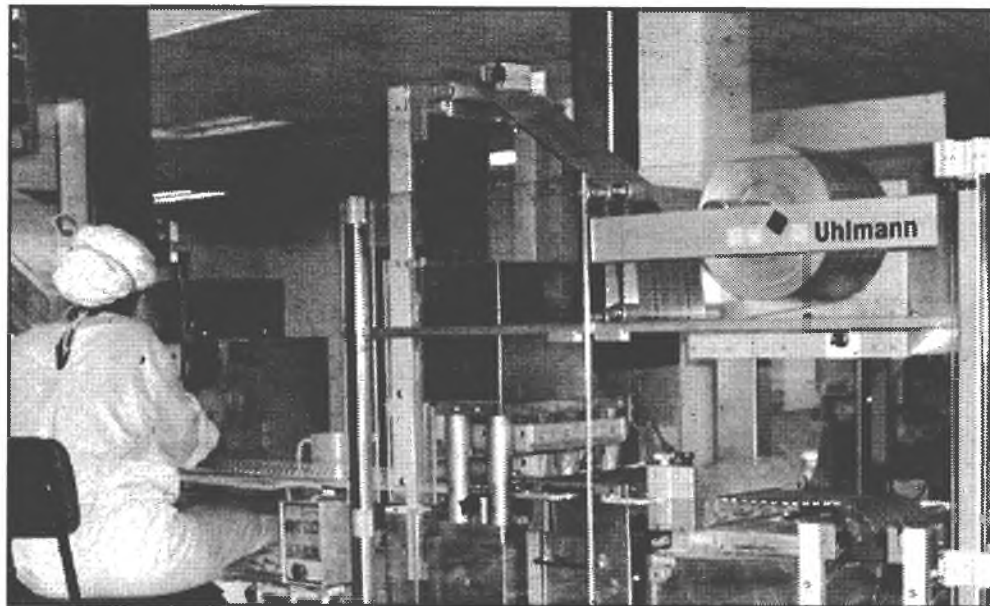
Leonard Weinglass, der sich durch die Verteidigung von weltbekannten Fällen aus den Jahren des Kampfes gegen die Aggression in Vietnam und für die berechtigten Forderungen der Schwarzen in den USA einen Namen gemacht hatte, betonte Monate später, unterstützt von den übrigen Anwälten der Fünf, in seiner Berufung beim Gericht von Atlanta: "Wir reden von insgesamt vier Fehlern: Erstens: das Gericht hat die Verhandlung nicht aus Miami an einen anderen Ort verlegt, was ein Mißbrauch des Ermessensspielraums des Tribunals ist und gegen die Rechte der Angeklagten gemäß dem 5. und 6. der Verfassungszusatz verstößt; zweitens: die vorgelegten Beweise reichten nicht aus, um nachzuweisen, daß eine Verschwörung zur Spionage bestand; drittens: das Gericht beging Fehler bei der Verurteilung von Antonio Guerrero und viertens hatte das Gericht die Geschworenen nicht über den Status der Notwendigkeit belehrt, die Notwendigkeit Kubas sich zu verteidigen, was auch eine Verletzung der Verpflichtung des Gerichts darstellte, die Geschworenen über Angelegenheiten zu belehren, die sie zu berücksichtigen hatten. Diese Argumente stellen somit die Grundlage für die Berufung im Falle von Antonio Guerrero dar, und diese vier Argumente - zumindest das erste und das letzte - haben mit Sicherheit auch eine Auswirkung auf die Berufung der übrigen Angeklagten."

Aber das Gericht von Florida beging weitere Mißgriffe. Alvarez bezog sich auf die Worte der Richterin Lenard, als sie bei der Bekanntgabe des Urteils der Geschworenen, kurz nach dem Attentat vom 11. September 2001, die Sonderstrafen für René González und Antonio Guerrero verlas, die einzigen US-Bürger der Gruppe. Hier die berühmten Worte: "Als weitere Auflage für eine Freilassung auf Bewährung ist es dem Angeklagten verboten, sich mit bestimmten Personen wie etwa Terroristen zu treffen und Orte aufzusuchen, von denen bekannt ist, daß sich dort Personen oder Gruppen wie etwa Terroristen aufhalten, oder von diesen gewöhnlich frequentiert werden." Das heißt, die Regierung sorgt sich darum, daß René, der zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, und Antonio, der lebenslänglich und 15 weitere Jahre Haft erhielt, den Terrorismus nun nicht mehr bekämpfen sollen. Damit wird faktisch anerkannt, daß die Terroristen frei herumlaufen, und es auch weiterhin tun werden, während jene, die sich ihnen entgegenstellen, im Gefängnis sitzen.

Der 11. Gerichtsbezirk von Atlanta bewilligte Guerrero eine 30-tägige Verlängerung der Berufungsfrist im Unterschied zu seinen Compañeros, da er in Isolationshaft (in das "Loch") gesteckt worden war und so keinen Zugang zu seinen Unterlagen hatte und noch nicht mal Kontakt zu seinen Anwälten aufnehmen konnte.

Alvarez zufolge sei es schwierig, vorauszusagen, wie lange das Gericht braucht, um die Entscheidung zur Berufung und zum Antrag der *Amicus* bekannt zu geben. Anschließend haben die Verteidiger Gelegenheit zu einer Antwort und danach gibt das Gericht den Termin für die mündliche Verhandlung bekannt, wenn diese denn stattfinden sollte.

Unterdessen verschärft die US-Regierung die feindliche Politik gegen Kuba, wendet diese auf Personen wie die fünf jungen Verurteilten an, die um das Wohl der Kubaner bemüht sind. Sie trifft neue Maßnahmen wie das Verbot des akademischen und kulturellen Austauschs. Andererseits präsentieren unvoreingenommene Abgeordnete Gesetzesentwürfe für positive Veränderungen. Miguel Alvarez erinnerte an die jüngsten Aktionen für die Reisefreiheit, zu denen zehn Senatoren, unter ihnen einige Republikaner, im Kongreß aufriefen. Er erwähnte auch den internationalen Druck, der auf die US-Regierung ausgeübt wird, der dazu führte, daß Gerardo aus dem "Loch", in dem er grundlos einige Wochen verbringen mußte, befreit wurde. •



Das Institut ist mit High-Tech-Anlagen ausgerüstet. Hier ein Blick in die

NOVATEC stellt 23 Medikamente als Tabletten und Hartkapseln her

• **NOVATEC stellt die Arzneimittel gegen Retroviren her, die kostenlos an kubanische Patienten abgegeben werden**

LILLIAM RIERA - Granma Internacional
FOTOS: ARSENIO GARCIA

• KUBA produziert die erforderlichen Medikamente für die sogenannte dreiwertige Behandlung der HIV/AIDS-Kranken, die sie kostenlos erhalten.

Der Preis für eine Tablette dieser Pharmaka liegt auf dem Weltmarkt bei ca. drei Dollar, somit würde eine Jahresbehandlung elf- bis fünfzehntausend Dollar kosten, eine Summe, die für die Mehrheit der 42 Millionen HIV-Infizierten unerschwinglich ist.

Melvis Heredia Molina, die Direktorin der Laboratorien NOVATEC, die zu dem Wissenschaftlichen Komplex Havanna-West gehören, teilt Granma Internacional mit, daß in diesem Jahr hier die Medikamente für 1.500 Patienten hergestellt werden.

Bisher seien nur fünf Virostatika in Kuba patentiert (Zidovudin, Didanosin, Lamivudin, Estavudin und Indinavir), sagt sie und erklärt: "Gemeinsam mit dem Institut für Arzneiforschung und -entwicklung (CIDEM) wird gegenwärtig an der Entwicklung von insgesamt 13 Medikamenten gegen Retroviren gearbeitet". Zu einem "Cocktail" zur HIV-Behandlung müssen drei dieser Virostatika kombiniert werden.

Auf der Insel tritt die Krankheit heute bei 0,05 Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 49 Jahren auf, was der niedrigsten Rate in Lateinamerika entspricht, wie der kubanische Minister für Gesundheit, Damodar Peña, auf einem Forum zu diesem Thema in Havanna bekannt gab.

Die Virostatika zählen zu den wichtigsten Erzeugnissen der Laboratorien NOVATEC, die 23 Arzneimittel in Tablettenform für die Humanmedizin herstellen, darunter auch das Omeprazol zur Heilung von Magengeschwüren (das weltweit meist verkaufte Medikament im Jahre 2002), Antibiotika, Mittel gegen Entzündungen, Bluthochdruck,

Einheimische Produktion der Medikamente für die AIDS-Cocktails

Schmerzen, Fieber, magensäurebindende Mittel sowie Nahrungszusätze, mit denen Krankenhäuser und Apotheken des ganzen Landes versorgt werden.

EXPORTE IN HÖHE VON MEHR ALS EINER MILLION DOLLAR

Das Pharma-Unternehmen produziert auch für den Export. Frau Heredia stellt heraus, daß zum Beispiel 2002 "für mehr als eine Million Dollar Virostatika verkauft wurden". Die Firma Heber Biotec vermarktet neben den Erzeugnissen des Instituts für Gentechnik und Biotechnologie auch die Produkte dieses Instituts im Ausland.

Die Medikamente für die kombinierte AIDS-Behandlung und zur Heilung der begleitenden Krankheiten "sind bereits in Paraguay und Venezuela patentiert, und in Mexiko, Brasilien, Kolumbien, Vietnam und Guinea sind dazu die entsprechenden Verhandlungen im Gang".



Melvis Heredia Molina teilt mit, daß in den von ihr geleiteten Laboratorien dieses Jahr die Medikamente gegen Retroviren produziert werden, die von den 1.500

Ungeachtet dessen ist NOVATEC mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden. Das Berufsspektrum seiner 367 Beschäftigten, 14 Prozent sind Hochschulabsolventen und 34 Prozent Techniker, ist die Garantie für ein stetes Forschungsprogramm zur Entwicklung neuer Erzeugnisse wie das Itracozazol (gegen Pilze), Azitromocin (Antibiotikum), Ribavirin (gegen Viren), Enalapril (gegen Bluthochdruck), Sumatriptan (gegen Migräne), Vimang (gegen Entzündungen) und andere.

Lorgia Aguiar Gómez-Napier, die technische Direktorin für die Produktion, schildert uns die Entstehung des Unternehmens, das in den 1990er Jahren, mitten in der *período especial*, als Folge der Auflösung des sozialistischen Lagers in Europa und der Verstärkung der US-Blockade gegründet wurde. "Mit der Errichtung der Ingenieurbauten und der Installation der Ausrüstungen wurde 1994 begonnen, aber

erst sechs Jahre später fand die Inbetriebnahme statt."

Wenn auch heute noch nicht die volle Kapazität genutzt wird, sagt Frau Aguiar, "konnten im Vorjahr 600 bis 700 Millionen Stück Tabletten bzw. Hartkapseln produziert werden, und für dieses Jahres sieht der Plan 900 Millionen Stück vor".

Granma Internacional konnte sich von den High-Tech-Anlagen in diesem Institut überzeugen, die gemäß den Anforderungen an die Qualität entworfen und entwickelt worden sind und von Firmen aus der BRD stammen, die auf dem Gebiet der Ausrüstungen zur Produktion von Pharmaka führend sind wie Glatt, Uhlman, Bosch, Killian und das Alexander-Werk.

Bei der Besichtigung lernten wir auch den strikten Arbeitsschutz des Labors für Mikrobiologie kennen, "in dem die Luft, das Wasser, das Personal..., alles, womit wir arbeiten, überprüft wird", erläuterte uns die Direktorin.

Sergio Ibáñez, leitender Spezialist des chemisch-physikalischen Labors, führte uns durch dieses Areal und erklärte uns, daß hier alles, "vom Rohstoff für die Medikamente - der importiert wird - bis zum Fertigprodukt", analysiert wird.

Mit dem Schichtleiter Roberto Casanova besuchten wir die Produktionsanlage und fanden vor Ort bestätigt, daß seine integrierten Produktionslinien dem neuen Trend angepaßt sind, bei der Bewegung des Produkts in den verschiedenen Herstellungsphasen die Schwerkraft wirksam werden zu lassen.

Stolz berichtete die Direktorin von der "großen Wirkung" der Anwesenheit des Unternehmens auf der Brasilianischen Messe ExpoBrasil, die im April in zwei Bundesstaaten des südamerikanischen Riesen stattfand, wo "viele überrascht waren, als sie erfuhren, wie viele Medikamente in Kuba hergestellt werden, einschließlich der Virostatika". •

ENERGIEPROJEKT MIT DER SCHWEIZ

• DIE Schweizer Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (COSUDE) wird eine Million Dollar

für ein Projekt zur Einsparung von Energie in Kuba bereitstellen, das darin besteht, die Glühlampen auszutauschen, wodurch der Stromverbrauch um 50 Prozent gesenkt werden kann. Das entsprechende Dokument haben der Schweizer Botschafter in Havanna, Jean Claude Richard, und die kubanischen Vizeminister für Grundstoffindustrie bzw. Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Tomás Benítez und Ricardo Guerrero unterzeichnet. Gegenwärtig werden 20 Programme des COSUDE auf der Insel verwirklicht, unter denen das der ONG MEDICUBA, das Kuba mit den Rohstoffen für die Herstellung von Medikamenten versorgt, einen hervorragenden Platz einnimmt.

ZOOM

7.000 SOLARBATTERIEN

• DAS Kombinat für Elektronische Bauteile Ernesto Che Guevara, in Pinar del Río, das einzige dieser Art in Kuba, wird dieses Jahr 7.000 Solarbatterien herstellen, die zum größten Teil für den Export bestimmt sind. Die Teilnehmer der 19. Lateinamerikanischen Konferenz zur Elektrifizierung der Landgemeinden, die diesen Betrieb besichtigten, erfuhren außerdem, daß 95 Prozent der Wohnungen auf dem Land über den Anschluß an das Nationale Versorgungssystem elektrischen Strom erhalten. An der Regionalkonferenz, die in Havanna stattfand, nahmen ca. 230 Experten aus 24 Ländern teil.

NEUER FLUG AUS VENEZUELA

• MIT der Ankunft des Fluges Nr. 60 in Havanna, mit 77 Patienten an Bord, im Rahmen des Gesundheitsabkommens zwischen Kuba und Venezuela, wurden bereits insgesamt 3.701 Venezolaner medizinisch betreut. Dr. Raúl Gómez Cabrera, der Leiter der Nationalen Gruppe für Gesundheitstourismus, teilte mit, daß bereits mehr als 1.380 chirurgische Eingriffe vorgenommen worden sind, davon entfallen ca. hundert auf Herzoperationen, Rückgrat-, Nieren- und Hornhauttransplantationen.

ORTHOPÄDIE 2003

• DIE Kubanische Gesellschaft für Orthopädie und Traumatologie lädt zum internationalen Symposium Orthopädie 2003 ein. Die Zusammenkunft ist in Santiago de Cuba vom 17. bis 22. November vorgesehen. Parallel dazu finden der 15. Kubanische Fachkongress, die 15. Festwoche der östlichen Region der Insel und das Fest der Karibik statt. Orthopädie 2003 wird vom kubanischen Ministerium für Gesundheit und der Panamerikanischen Organisation für Gesundheit ausgerichtet.

ASISTUR HAT EINEN NEUEN HAUPTSITZ

• DIESES Serviceunternehmen für ausländische Touristen und Besucher hat sein neues Büro in Calle Paseo del Prado Nr. 208, zwischen den Straßen Colón und Trocadero, in La Habana Vieja, bezogen. ASISTUR untersteht dem Ministerium für Finanzen und Preise. Minister Manuel Miyares eröffnete den neuen zentralen Sitz. Filialen von ASISTUR befinden sich in den Tourismusgebieten und in den wichtigsten Städten des Landes. Das Unternehmen ist für Sicherheit, Bestellungen, Reklamationen und Formalitäten für medizinische Behandlungen usw. zuständig. Mehr Information erhalten Sie unter Tel. (53-7) 866 44 99 oder über E-Mail: asistur@asistur.get.tur.cu •



Die Epidemie des hämorrhagischen Denguefiebers, die von einem kubanischstämmigen Terrorist von US-amerikanischem Territorium aus 1981 auf die Insel gebracht wurde, verursachte den Tod von 101 Kindern. Ein grausames Beispiel für biologische Kriegsführung

Die Unterstützung von Terroranschlägen gegen Kuba durch die USA haben 3.478 kubanischen Bürgern das Leben gekostet und 2.099 schwer verletzt

Erklärung des Außenministeriums in Beantwortung der Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die, laut USA, den Terrorismus fördern

• AM Mittwoch, dem 30. April, legte die Regierung der Vereinigten Staaten den Jahresbericht über "Förderer des Internationalen Terrorismus" vor. In diesem Dokument wird Kuba wieder in der Liste der Staaten geführt, die vermeintlich den Terrorismus auf internationaler Ebene unterstützen.

Die Regierung Kubas weist diese infame Aufnahme unseres Landes in diese einseitige und falsche Liste erneut energisch zurück. Die Bush-Regierung belügt wieder einmal die US-amerikanische und internationale Öffentlichkeit in ihrem Eifer, die grausame und unmenschliche Blockadepolitik, die Feindseligkeiten und Aggressionen gegen Kuba mit falschen Anklagen zu rechtfertigen.

Mit dieser Aktion verstärkt die US-Regierung ihre Unglaubwürdigkeit in ihrer Kampagne gegen den internationalen Terrorismus und greift in ihrer Besessenheit, die Revolu-

tion zu zerstören, zu politischen Manipulationen und neuen Verleumdungen gegen Kuba.

Die US-Regierung nimmt Kuba willkürlich in die Liste der Länder auf, die vermeintlich den internationalen Terrorismus in der Welt unterstützen. Gleichzeitig weist sie mit leeren, unsinnigen und haltlosen Argumenten den Vorschlag Kubas zurück, ein Bilaterales Programm zum Kampf gegen den Terrorismus zu unterzeichnen, das der US-Regierung zum ersten Mal am 29. November 2001 vorgelegt wurde und danach wieder am 3. Dezember 2001, am 12. März 2002, und schließlich am 17. Dezember 2002 anlässlich der 19. Verhandlungsrunde über die Migration zwischen beiden Ländern.

Die dürftige Wahlbeteiligung in Florida, wo die terroristische Mafia ungestraft handelt und schon Hunderte von Terrorakten gegen Kuba organisiert hat, und der tiefe Haß auf das Beispiel, das die kubanische Revolution den Län-

dern der Dritten Welt gibt, bzw. die Alternative, die sie ihnen aufzeigt, führen dazu, daß die US-Regierung mit der Aufnahme Kubas in diese Liste die politische Vernunft, die ihre Kampagne gegen den internationalen Terrorismus haben könnte, negiert.

Kuba weiß vielleicht besser als jedes andere Land der Welt, was Terrorismus bedeutet. Wir sind seit 1959 Opfer des grausamsten Terrorismus, den die US-Regierung häufig direkt unterstützt, geschützt, finanziert und organisiert hat und der den Tod von Tausenden von kubanischen Bürgern zur Folge hatte.

Die Politik der kubanischen Revolution gegen den Terrorismus kann weder in Frage gestellt noch bezweifelt werden und vor allem nicht von Washington.

Kuba verurteilt alle Anschläge, Methoden und Praktiken des Terrorismus in all seinen Formen und Manifestationen, überall wo, von wem und aus welchem Grund auch immer

er begangen wird. So verurteilt es auch jegliche Aktion, die in irgend einer Form, Methode oder Praxis zum Terrorismus aufruft, ihn unterstützt, finanziert bzw. verdeckt.

Kuba war eins der ersten Länder, die das Verbrechen vom 11. September 2001 energisch verurteilten und dem Volk der Vereinigten Staaten sein Mitgefühl und seine Bereitschaft, den Opfern ärztliche und humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, ausgedrückt hat; umgehend bot es seinen Luftraum und seine Flughäfen zur Landung der Passagierflugzeuge an, die in diesem schweren Augenblick auf dem Weg in die USA waren.

Das Außenministerium Kubas klagt vor dem kubanischen Volk und der internationalen Öffentlichkeit die Verdrehungen und Verleumdungen an, mit der die US-Regierung versucht, die Welt und ihr eigenes Volk irre zu führen, um ihre aggressive und feindliche Politik gegen unser Land zu rechtfertigen.

ANGESICHTS DER WIEDERHOLUNG DIESER FALSCHEN BESCHULDIGUNGEN SEHEN WIR UNS ERNEUT GEZWUNGEN, DIE WAHRHEIT DARZULEGEN:

Als Teil ihres Strebens nach Hegemonie in der Welt gibt die US-Regierung seit Dezember 1979 die erwähnte Liste der vermeintlichen "Staaten, die den internationalen Terrorismus unterstützen" heraus.

Gegen diese Staaten werden alle möglichen Wirtschaftsanktionen, Blockaden, Sperrungen von US-Bankkonten, Maßnahmen zur politischen Isolierung usw. angewendet.

Gegenwärtig stehen sieben Länder auf dieser Liste: Irak, Iran, Syrien, Sudan, Libyen, die VDR Korea und Kuba. Ein einziger Blick darauf genügt, um klar und deutlich zu erkennen, von welchem politischen Ziel sie inspiriert ist.

Zusätzlich begann das State Department 1981 einen jährlichen Bericht mit dem Titel "Förderer des Globalen Terrorismus" herauszugeben; mit dem es dem Kongreß seine einseitige Meinung über die Situation des internationalen Terrorismus im Vorjahr bekannt gibt, ohne daß diese juristisch untermauert oder international bestätigt wäre.

Kuba wurde im März 1982 erstmals in die Liste aufgenommen. Im gleichen Jahr taucht Kuba auch zum ersten Mal in dem jährlichen Bericht des State Department über "Förderer des Globalen Terrorismus" auf. Seitdem und während der letzten 21 Jahre besteht die US-Regierung auf ihren verleumderischen und zynischen Anschuldigungen gegen Kuba in Sachen Terrorismus.

In all diesen Jahren waren die Vorwände, Kuba in die Liste aufzunehmen, unterschiedlich, aber der Mangel an Wahrheit und Objektivität dieser Vorwände war immer offensichtlich, ebenso wie die Schwäche derer, die uns beschuldigten, sie aufrecht zu erhalten. Die US-Regierung hat die Beteiligung Kubas an einem Terrorakt niemals beweisen können und wird sie auch niemals beweisen können. Ihre falschen Argumente haben sich mit der Zeit systematisch abgenutzt, was dazu geführt hat, daß selbst Vertreter der US-Regierung sich dahingehend geäußert haben, daß die Aufnahme Kubas in diese Liste ganz einfach ein politisches Instrument gegen unser Land sei.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich ihr Vorrat an falschen Vorwänden erschöpft und da sie keine neuen erfinden konnten haben sie zwangsläufig in den letzten Berichten praktisch die gleichen Lügen gegen Kuba aufrechterhalten.

Welche betrügerischen Argumente führt die US-Regierung als Grund für die Aufnahme Kubas in die Liste der Förderer des internationalen Terrorismus in der Welt an?

1. Die Anwesenheit von Mitgliedern der Organisation "Patria Vasca y Libertad" (ETA) in Kuba.

2. Die Gewährung von Schutz und Unterstützung für Mitglieder der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und der Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC).

3. Die Anwesenheit in Kuba von Flüchtlingen vor der US-Justiz.

4. Die Tatsache, daß ein "Waffenexperte" der Irischen Republikanischen Armee (IRA), der vorübergehend in Havanna lebte, in Kolumbien festgenommen worden sei, weil er vermeintlich Angehörige der FARC im Umgang mit Sprengstoffen ausbildete.

5. Die "Opposition" Kubas zu der von den USA angeführten "Koalition" im globalen Kampf gegen den Terrorismus und die Kritik an der Politik und vielen Aktionen der USA. Die Entsendung von Agenten in die US-Botschaften in aller Welt, um durch falsche Fährten die Untersuchungen zu unterterminieren.

1. Zur Anwesenheit von ETA-Mitgliedern in unserem Land

Die Anwesenheit von Angehörigen der baskischen Organisation ETA in Kuba kam auf Bitten der Regierungen Spaniens und Panamas zustande, um zur Lösung einer Situation beizutragen, die für Panama sehr kompliziert zu werden drohte. Auf dieses Gesuch hin kam es 1984 zu einer Vereinbarung mit der spanischen Regierung unter Präsident Felipe González und der Regierung von Panama, worauf eine Gruppe von ETA-Mitgliedern nach Kuba reiste.

Diese ETA-Mitglieder haben unser Territorium nie zu Aktivitäten der Organisation gegen Spanien oder ein anderes Land benutzt. Kuba hat den Wortlaut dieser Vereinbarung strikt erfüllt. Das Thema der ETA-Mitglieder in Kuba ist eine bilaterale Angelegenheit, im Rahmen derer Verbindung zur



Die US-Regierung ist verantwortlich für den monströsen und niederträchtigen Bombenanschlag gegen Kuba, als ein Flugzeug der Cubana de Aviación in der Luft explodierte und 73 Menschen ums Leben kamen

Die US-Regierung hat die Beteiligung Kubas an einem Terrorakt niemals beweisen können und wird sie auch niemals beweisen können

spanischen Regierung aufrecht erhalten wurde. Die US-Regierung ist nicht berechtigt bzw. befugt, sich in diese Angelegenheiten einzumischen, die sie in keiner Weise berühren und noch weniger ihre nationale Sicherheit oder die Sicherheit eines anderen Staates gefährden.

2. Zum vermeintlichen Schutz und zur Unterstützung von FARC- und ELN-Angehörigen

Zu den von den USA als terroristisch eingestuften Organisationen - dieses "Recht" maßen sie sich unerhörter Weise an - gehören die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und die Nationale Befreiungsarmee Kolumbiens (ELN).

Bekanntlich ist der Dialog zwischen der Regierung und der Guerilla heute zwar unterbrochen, aber sowohl die kolumbianische Regierung als auch die Guerilla haben seinerzeit Kuba um Teilnahme am Friedensprozeß ersucht und bestehen auf dieser Haltung.

Kuba ist dafür, eine politische Lösung auszuhandeln, um den Frieden in Kolumbien zu erreichen. Wir sind Teil der Gruppe der Länder, die den Dialog zwischen den FARC und der Regierung Kolumbiens, gemeinsam mit anderen Ländern Europas und Amerikas, fördern, und gleichzeitig Teil der Gruppe der Freundesländer für die Friedensgespräche zwischen der ELN und der Regierung, in diesem Falle gemeinsam mit Frankreich, Spanien, der Schweiz und Norwegen.

In unserem Land fanden mehrere Verhandlungsrunden zwischen der Guerilla und der kolumbianischen Regierung statt. Die transparente Haltung und der Beitrag der kubanischen Regierung zum Friedensprozeß in Kolumbien werden nicht nur von den FARC und der ELN, sondern auch von der UNO und der kolumbianischen Regierung anerkannt.

Die Haltlosigkeit dieses Arguments wird sogar vom State Department in seinem Bericht bestätigt: "Die kolumbianische Regierung weiß von diesen Regelungen und wünscht, daß Kuba weiterhin als Vermittler am Friedensprozeß teilnimmt".

3. Aufenthalt von Flüchtlingen vor der US-Justiz in Kuba

In Bezug auf die vermeintliche Anwesenheit von Flüchtlingen vor der US-Justiz in Kuba muß daran erinnert werden, daß es die US-Regierung war, die in all den Jahren ihrer Aggressionspolitik gegen Kuba, Terroristen bzw. Kriminellen Aufnahme gewährten, die aus Kuba das US-Territorium er-

reichten, wobei es keine Rolle spielte, wie sie dorthin gelangten.

Die USA empfingen nicht nur gleich zu Beginn des revolutionären Sieges Hunderte von Spitzeln, Folterknechten und Mördern der Batista-Diktatur, die vor der revolutionären Justiz geflohen waren, sondern sie haben auch mehr als 40 Jahre lang eine Politik aufrecht erhalten, die alle Kriminellen, die Delikte gegen Kuba und sein Volk begangen haben, schützte und ihnen Sicherheit bot, sobald sie US-Boden betraten.

Geständige Mörder, Terroristen, Entführer von Schiffen und Flugzeugen und Verbrecher aller Art sind von der US-Regierung aufgenommen worden. Sie hat niemals versucht, auch nur einen dieser Täter auszuliefern, obwohl dies von der kubanischen Justiz beantragt wurde.

Zwischen Kuba und den USA existierten zwei Auslieferungsverträge. Einer wurde 1904 unterzeichnet, der andere 1926. Es war nicht Kuba, das diese Vereinbarungen gebrochen hat. Bereits am 7. Januar 1959 hat das Außenministerium Kubas dem State Department eine diplomatische Note übermittelt, in der es um die Auslieferung mehrerer von der kubanischen Justiz strafrechtlich verfolgter Polizisten des Batista-Regimes ersuchte.

Dem folgten Dutzende Noten, um die Rückkehr von Personen zu erreichen, die in unserem Land Straftaten begangen hatten und dann in die USA geflüchtet waren. Die US-Regierung hat keine dieser diplomatischen Noten positiv beantwortet. Die USA haben niemals auch nur einen Flüchtlingen der kubanischen Justiz ausgeliefert.

Bekannte Terroristen und Mörder wie Luis Posada Carriles, Orlando Bosch, Gaspar Jiménez Escobedo, Pedro Remón, Guillermo Novo Sampol, Leonel Macías, Nazario Sargent, Francisco José Hernández Calvo, José Basulto, Rubén Darío López Castro, Roberto Martín Pérez, Silverio Rodríguez Pérez, Rodolfo Frómata, Ramón Leocadio Bonachea, William Chávez und viele andere, die diese Liste unendlich lang werden lassen, lebten jahrelang völlig frei, straflos und mit unzähligen Privilegien versehen in Miami.

Kuba war eins der ersten Opfer der terroristischen Praxis der Flugzeugentführungen. Von 1959 bis 2001 wurden insgesamt 51 kubanische Flugzeuge vornehmlich in die USA entführt. Viele dieser Flugzeuge, die auf niederträchtige Art und Weise von der Mafia in Miami gestohlen worden waren, befinden sich bis heute in den USA. Nicht wenige Piloten, Wachposten und andere Personen wurden bei

diesen Entführungen ermordet oder verletzt. Die US-Regierung hat bisher noch nicht einen einzigen dieser Entführer verurteilt.

Andererseits wurden von 1968 bis 1984 in den USA 71 Flugzeuge nach Kuba entführt. 69 Entführer wurden in Kuba zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die meisten von ihnen verließen nach Verbüßen der Strafen das Land.

Am 18. September 1980 übergab die kubanische Regierung den USA zwei Flugzeugentführer, nachdem sie in einer Note erklärte, weitere Fälle ebenso zu lösen. Durch diese Handlung setzte Kuba den Flugzeugentführungen auf die Insel ein radikales Ende.

Die jüngsten antikubanischen Manipulationen im Zusammenhang mit den Entführungen der DC-3, der AN-24 und weiterer kubanischer Schiffe und Flugzeuge, über die unsere Bevölkerung ausreichend informiert wurde, zeigen klar, daß die US-Behörden immer noch so verantwortungslos wie früher handeln.

Den USA sind in den letzten Jahren auch andere Personen ausgeliefert worden. Wie man sich erinnern wird, wurde in der Erklärung des Außenministeriums vom 17. März 2002 bekanntgegeben, daß am 12. Januar 2002 der US-Bürger Jesse James Bell, der in den USA mehrfach im Zusammenhang mit dem Drogenschmuggel angeklagt war, ausgeliefert wurde.

Unser Land war stets zur Zusammenarbeit mit den US-Behörden bereit, sei es um Informationen auszutauschen; um Staatsanwälte und Untersuchungsbeamte zu empfangen, die sich mit Drogenschmuggel, illegalen Ausreisen, Entführungen usw. befassen; kubanische Vertreter haben an mehreren Gerichtsverfahren in den USA als Zeugen ausgesagt, wenn die US-Behörden um Zusammenarbeit gebeten hatten.

4. Zu dem Aufenthalt eines "Waffenexperten" der Irisch Republikanischen Armee (IRA) in Kuba

Der Bericht des State Department wiederholt in dieser Ausgabe den Schwindel, der im Bericht von 2001 zum ersten Mal erschien. Dies ist ein Thema über das detailliert in der Öffentlichkeit informiert worden ist.

Der vermeintliche "Waffenexperte" der IRA, Mr. Niall Conolly, wurde im August 2000 in Bogota, in Kolumbien, festgenommen, wo ein Verfahren gegen ihn im Gange ist, das noch nicht abgeschlossen ist.

Mr. Niall Conolly lebte von 1996 bis 2000 in Kuba als Vertreter der Sinn Féin, einer legalen irischen Partei mit Abgeordneten im britischen Parlament.

Seine Tätigkeit in Kuba trug im Rahmen seiner Beziehungen zu der Kommunistischen Partei Kubas und anderen Parteien Lateinamerikas immer einen strikt politischen Charakter.

5. Zur so genannten "Opposition" Kubas zur Koalition der USA gegen den globalen Terrorismus, zu den Kritiken an der Politik und den Aktionen in den USA und den vermeintlichen Versuchen Kubas, von den US-Untersuchungen der Anschläge vom 11. September "abzulenken" und sie "zu stören"; und zu den "falschen" und "unwichtigen" Angaben über Terroristen.

Das ist zweifellos der infamste Vorwand der US-Regierung, um Kuba in diese sogenannte Liste der Staaten aufzunehmen, die den Terrorismus fördern.

Die US-Regierung will mit diesem Argument all das, was Kuba im Kampf gegen den internationalen Terrorismus getan hat, vernebeln und bagatellisieren.

Mit diesem falschen Argument versucht die US-Regierung die öffentliche Meinung zu verwirren, indem sie all die Gesten und Aktivitäten der kubanischen Regierung nach dem 11. September nicht anerkennt.

Über die Erklärungen der Revolutionsführer zu den Attentaten vom 11. September, über unsere unmittelbaren Aktionen und über die Schritte hinaus, die wir auf internationaler Ebene unternommen haben und die unser gesamtes Volk kennt, ist es gut, auch das folgende zu wissen:

• Am 21. September 2001 übergab das Außenministerium die Note 1613 als Antwort auf die Bitte der US-Interessenvertretung um Angaben zu 25 Personen, die als Touristen nach Kuba gekommen sein könnten und von den US-Behörden als Terroristen eingeschätzt werden.

• Am 25. September 2001 übergab das Außenministerium der US-Interessenvertretung die Note 1621 mit der gewünschten Information über neun ausländische Bürger in unserem Land.

• Am 26. Oktober 2001 übergab das Außenministerium der US-Interessenvertretung eine Note, in der es Medikamente gegen Milzbrand zum Selbstkostenpreis anbot. Bis zu 100 Millionen Tabletten Ciprofloxacin wurden angeboten.

• Am 27. Oktober 2001 übergab das Außenministerium der US-Interessenvertretung 100 Tabletten Ciprofloxacin als Spende, um die uns die US-Vertretung für Personen bat, die mit Diplomatenpost in Berührung gekommen waren, von der man annahm, daß sie mit Anthrax kontaminiert sei.

• Am 12. November 2001 teilte das Außenministerium der US-Interessenvertretung mit, daß unser Land bereit sei, sofort ein bis zwei High-Tech-Ausrüstungen, die vom Institut für Neurowissenschaften entwickelt worden sind, zur Verfügung zu stellen, die den medizinischen Behörden der USA helfen könnten, die Anthraxstämme zu identifizieren. Es wurde außerdem mitgeteilt, daß wir die Möglichkeit hät-

Unser Land hat standhaft und entschlossen die Kriege gegen Afghanistan und den Irak verurteilt sowie die neue nazifaschistische Doktrin, die weltweit durchgesetzt werden soll, und wir werden uns ihr weiterhin widersetzen. An Argumenten und Prinzipien dazu mangelt es uns nicht



Die US-Regierung trägt Verantwortung für die Terroranschläge von 1997 auf kubanische Hotels, wobei ein italienischer Tourist ums Leben kam

ten, eine Anzahl von Ausrüstungen herzustellen, um sie den US-Behörden ohne kommerzielles Interesse zur Verfügung zu stellen.

Wir boten den US-Behörden die Information und die Mittel an, über die wir verfügten. Wir taten dies ernsthaft und verantwortungsvoll.

Die US-Regierung hatte nicht einmal den politischen Mut, diese Zusammenarbeit Kubas öffentlich anzuerkennen. Statt dessen lügt sie einmal mehr schamlos.

Unser Land hat standhaft und entschlossen die Kriege gegen Afghanistan und den Irak verurteilt sowie die neue nazifaschistische Doktrin, die weltweit durchgesetzt werden soll, und wir werden uns ihr weiterhin widersetzen. An Argumenten und Prinzipien dazu mangelt es uns nicht.

Am 17. September 2002 hat der Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der Westlichen Hemisphäre, Mr. Dan Fisk, ehemaliger Berater des Ex-Senators Jesse Helms und einer der Redakteure des Helms-Burton-Gesetzes, ähnliche Beschuldigungen gegen unser Land erhoben.

Mr. Fisk klagte Kuba damals an, die Untersuchungen seines Landes zu den Terroranschlägen des 11. September in falsche Bahnen zu lenken, indem es falsche, unwichtige und veraltete Information gebe, um mit dem Einsatz von Personen und elektronischen Mitteln die antiterroristischen Bemühungen der USA zu behindern.

Mr. Fisk versuchte damals, mit seinen Lügen die Bedeutung zu neutralisieren, die der sogenannte "Nationale Kuba-Gipfel" bewirken würde. Dies war eine erfolgreiche Bemühung zahlreicher Organisationen, die sich in den USA der US-Politik gegenüber Kuba widersetzen und dabei besonders gegen die Blockade und für einen Wandel der Politik einsetzen.

An jenem 17. September hat Mr. Fisk festgestellt: "Kuba hat seit dem 11. September mindestens einen Deserteur monatlich geschickt, die falsche Information zu Terrorakten geboten, die gegen die USA und die westlichen Interessen begangen wurden".

Man wird sich daran erinnern können, daß die Verleumdungen des Mr. Fisk umgehend und energisch von Außenminister Felipe Pérez Roque zurückgewiesen worden sind. Mr. Fisk wurde aufgefordert, wenigstens einen einzigen Beweis vorzulegen, der diese Beschuldigung stützen könnte.

Seit diesen Erklärungen von Mr. Fisk sind mehr als sieben Monate vergangen und kein Regierungsvertreter und kein Bericht der Regierung hat sich der kubanische Herausforderung gestellt.

Dennoch hat das State Department jetzt beschlossen, dieses infame und falsche Argument zu nutzen, um den un-

haltbaren terroristischen Vorwand gegen Kuba wiederzubeleben. Sie entschließt sich dazu in einem Augenblick allgemeiner imperialer Euphorie, jetzt, wo es gelungen ist, den Irak zu besetzen. Und zu einem Zeitpunkt, zu dem die Vertreter der terroristischen Mafia aus Miami vom Weißen Haus die Entlohnung ihrer Dienste in der Form fordern, daß Kuba mit möglichst großer Härte und Grausamkeit bestraft wird. Und man versucht, neue Provokationen zu initiieren, die eine militärische Aggression gegen Kuba erleichtern.

Wir fordern die US-Regierung noch einmal auf, Beweise für die vermeintliche "Entsendung von Agenten" in die US-Botschaften in aller Welt vorzulegen, die falsche Fährten legen sollten, um die Untersuchungen gegen den Terrorismus zu unterminieren.

KUBA WAR OPFER DES TERRORISMUS, DER VON DEN USA AUS ORGANISIERT, FINANZIERT UND AUSGEFÜHRT WURDE

Es war schon immer die Regierung der Vereinigten Staaten, die die größten Terrorregime und Diktaturen in der Welt unterstützte. Die US-Regierung war die wichtigste Stütze der blutigen Regierungen von Pinochet, Somoza, Duvalier, Batista, Stroessner, der Militärdiktaturen in Guatemala, El Salvador und Argentinien, der Apartheid in Südafrika. Heute ist die US-Regierung der wichtigste Verbündete der israelischen Regierung des Völkermordes und des Terrors, die straflos das Volk Palästinas massakriert.

Am 1. Januar 1959 hat sich Kuba von den Terroristen, Mördern und Folterknechten der Batista-Diktatur befreit, die unser Land in Richtung des wirklich sicheren Tempels verlassen haben: die Vereinigten Staaten von Amerika.

Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten gibt es in Kuba keine Terrororganisation wie die, die in Miami ungeglaubt handeln; die Banken unseres Landes haben oder hatten auch niemals Konten für Terroraktionen. Das wurde bereits mehrmals den Vereinten Nationen und dem Sicherheitsrat mitgeteilt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist verantwortlich für die Politik des Terrorismus und des Völkermordes gegen Kuba, mit dem Ziel, das kubanische Volk durch Hunger und Krankheit zu unterwerfen, unsere Revolution zu zerstören und ihre neokoloniale Herrschaft wieder einzusetzen.

Kuba weist die einseitigen Definitionen von Terrorismus zurück, welche die Regierung der Vereinigten Staaten versucht durchzusetzen. Sie hat absolut keinerlei moralische Autorität, um Kuba vor der Welt als ein terroristisches Land hinzustellen.



Die US-Regierung, die uns jetzt als Terroristen anklagt, ist für die Sabotage an dem französischen Schiff La Coubre verantwortlich

Sich als Führer im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu präsentieren und gleichzeitig terroristische Organisationen zu schützen, zu fördern und zu unterstützen, die jahrzehntelang gegen Kuba vorgingen, ist nur ein Beispiel der doppelten Moral

Sich als Führer im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu präsentieren und gleichzeitig terroristische Organisationen zu schützen, zu fördern und zu unterstützen, die jahrzehntelang gegen Kuba vorgingen, ist nur ein Beispiel der doppelten Moral und der Haltlosigkeit der US-Politik.

Die US-Regierung, die Kuba des Terrorismus anklagt, unterstützte die blutige Batista-Diktatur, die unserem Land mehr als 20.000 Todesopfer brachte. Nach deren Beseitigung finanzierte, trainierte und unterstützte diese Regierung bewaffnete Banden und terroristische Gruppen, die sich aller nur möglichen Vergehen gegen unsere Bevölkerung schuldig gemacht haben.

Es ist diese Regierung, die uns jetzt des Terrorismus anklagt, die selbst in Hunderten von Gelegenheiten direkt versucht hat, Mordanschläge gegen unseren *Comandante en Jefe* und andere Führungskräfte der Revolution auszuführen. Sie ist verantwortlich für die Sabotage an dem französischen Schiff La Coubre; für die Brandstiftung und Zerstörung des Warenhauses El Encanto; für die gescheiterte bewaffnete Invasion in der Schweinebucht, die sie organisiert und unterstützt hat; für die zahlreichen Akte von Luft- und Seepiraterie gegen wehrlose kubanische Ansiedlungen und zivile Einrichtungen; sie hat geholfen, Zuckerrohrfelder in Brand zu setzen, kubanisches Territorium unter Beschuß zu nehmen, kubanische Fischer und Angehörige der Nationalen Revolutionären Polizei und Grenztruppen anzugreifen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten trägt Verantwortung für die Bomben- und Sprengstoffattentate gegen die diplomatische Vertretung Kubas in Portugal, vor der UNO und in anderen Ländern, wobei kubanische Diplomaten ums Leben kamen oder schwer verletzt wurden. Sie ist verantwortlich für das Verschwinden von kubanischen Diplomaten in Argentinien und die Ermordung eines kubanischen Diplomaten in New York.

Die US-Regierung ist verantwortlich für den größten und niederträchtigsten Terrorakt gegen Kuba: die Sprengung eines Flugzeuges der Luftfahrtgesellschaft Cubana de Aviación in vollem Flug, bei der 73 Personen das Leben verloren.

Die US-Regierung trägt Verantwortung für die Terrorakte von 1997 gegen kubanische Hotels, bei denen ein italienischer Tourist ums Leben kam. Diese Taten wurden, wie allgemein anerkannt, von dem Terroristen kubanischer Herkunft Luis Posada Carriles organisiert, den die Central Intelligence Agency (CIA) der Vereinigten Staaten ausgebildet und bezahlt hat.

Der Wunsch der US-Regierung danach, einen Vorwand zu finden, ist offensichtlich, so unsinnig er auch sein mag. Sie will damit versuchen, vor der öffentlichen Meinung der USA

und der Welt die Aggressivität gegen unser Land, ihre feindselige Politik und ihre verbrecherische Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu rechtfertigen.

Seit dem Sieg der Revolution haben die aufeinanderfolgenden US-Regierungen Kuba immer wieder als eine Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit hinstellen wollen, in Übereinstimmung mit den Interessen der reaktionärsten Kreise der Mafia in Miami.

Trotz alledem hat es in den letzten Jahren auch eine Reihe von Erklärungen von Vertretern des US-Verteidigungsministeriums und von US-Militärs (aktiven und Reservisten) gegeben, die besagen, daß Kuba keine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA darstelle. Diese Erklärungen von Militärs und Regierungsbeamten strafen die Unterstellungen der US-Regierung Lügen.

Die Unterstützung der US-Regierung für Terroranschläge gegen Kuba haben 3.478 kubanischen Bürgern das Leben gekostet und 2.099 schwer verletzt, wie in der "Klage des kubanischen Volkes" gegen die US-Regierung wegen der Verletzung von Personen, vom 31. Mai 1999 festgestellt wird. Auf dieses Dokument hat die US-Regierung bis heute noch nicht geantwortet. Kuba besteht auf seiner Anklage: die US-Regierung ist direkt verantwortlich für diese furchtbaren Anschläge und hat sich dafür vor dem kubanischen Volk zu verantworten.

Die US-Regierung wendet eine Politik des Völkermords gegen das Volk Kubas an, die sich in der unmenschlichen und unsinnigen Blockade, die seit mehr als 40 Jahren gegen unser Land aufrecht gehalten wird, ausdrückt.

Der internationale Terrorismus kam nicht erst am 11. September 2001 auf. Sowohl vor als auch nach diesem Tag hat Kuba ernsthaft und verantwortungsvoll mit der US-Regierung zusammengearbeitet, und zwar bewußt, denn wir sind davon überzeugt, daß es notwendig war, alle Anstrengungen im Kampf gegen diese internationale Geißel zu vereinen und unsere traditionelle Politik zu diesem Thema fortzusetzen.

Wenn sich die USA tatsächlich dem antiterroristischen Kampf verpflichtet fühlen, so haben sie jetzt die Gelegenheit, mit Entschlossenheit und ohne zweierlei Maß gegen die verschiedenen Terrororganisationen zu kämpfen, die von den USA aus unser Land in all diesen Jahren angegriffen haben.

Die US-Regierung muß die Helden der Republik Kuba, René González Schwerert, Ramón Labañino Salazar, Fernando González Llort, Antonio Guerrero Rodríguez und Gerardo Hernández Nordelo, freilassen, die zu Unrecht in US-Gefängnissen festgehalten werden, und deren einziges Vergehen es war, das Volk Kubas und das der USA vor

Terrorakten zu schützen, die noch heute von Florida aus organisiert werden.

Trotz des manipulierten Gerichtsverfahrens in Miami gegen unsere fünf Helden ist ihr Kampf gegen den antikubanischen Terrorismus, der in den Vereinigten Staaten beheimatet ist, bewiesen worden. Sie wurden einzig und allein verurteilt, weil sie unter Einsatz ihres Lebens gegen terroristische Gruppen kämpften, die in dieser Stadt ungestört operieren.

Das gesamte illegale Gerichtsverfahren gegen unsere fünf Helden ist eine skandalöse Unterstützung der antikubanischen Terrorgruppen, die dort arbeiten.

Es ist wirklich beschämend, daß unsere fünf Helden ungerechterweise eingesperrt sind und drakonische Urteile und Strafen erhalten haben, daß ihre Menschenrechte brutal verletzt werden, aber terroristische Entführer von Schiffen und Flugzeugen aus Kuba geringe Geldstrafen erhalten und einige in den USA sogar freigekommen sind. Das beweist einmal mehr, daß die US-Regierung den Terrorismus nicht ahndet, wenn er gegen Länder gerichtet ist, die sich vor der imperialistischen Politik nicht beugen.

Die US-Regierung muß das mörderische *Cuban Adjustment Act* abschaffen, das verantwortlich für den Tod von zahlreichen kubanischen Bürgern ist, die, angelockt von den Privilegien, die dieses Gesetz ihnen gewährt, versuchen, auf US-Territorium zu gelangen.

Die US-Regierung muß die Gesetze Helms-Burton und Torricelli abschaffen. Das sind terroristische Gesetze, die das Völkerrecht verletzen und verantwortlich sind für das Leid des kubanischen Volkes.

Kuba kann mit erhobenem Haupt darauf stolz sein, daß es

- niemals an einem Terrorakt gegen irgendein Land beteiligt gewesen ist.

- eine moderne Gesetzgebung gegen den Terrorismus besitzt, die von der Nationalversammlung der Poder Popular am 20. Dezember 2001 angenommen wurde.

- die zwölf vorhandenen internationalen Abkommen zum Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen als Antwort auf den Aufruf des Generalsekretärs dieser Organisation unterzeichnet hat.

- bereit ist, mit allen Ländern, ohne Ausnahme, im Kampf gegen diese Geißel noch enger zusammen zu arbeiten.

- ständig mit dem Komitee gegen Terrorismus des UN-Sicherheitsrates zusammenarbeitet.

- Unterzeichner des Abkommens zur Nichtverbreitung von Kernwaffen ist; auch wenn die einzige Atommacht Amerikas eine feindselige Politik gegen Kuba betreibt, die auch die Anwendung von Gewalt nicht ausschließt.

- das Abkommen zum Verbot von Atomwaffen in Lateinamerika und der Karibik, das unser Land 1995 unterzeichnete und das auch als Vertrag von Tlatelolco bekannt ist, ratifiziert hat.

Wir werden weiterhin für die internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der Achtung der Prinzipien des Völkerrechts im Rahmen der Vereinten Nationen eintreten, besonders in ihrer Vollversammlung, als einziger wirksamer Methode für Wohlstand und im Kampf gegen den Terrorismus.

Mit der Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die den Terrorismus fördern, zeigt die US-Regierung erneut, daß sie sich weniger von einem echtem Interesse, gegen den internationalen Terrorismus vorzugehen, leiten läßt, als viel mehr von unsinnigem Durst nach Rache gegen die kubanische Revolution.

Der multilaterale Kampf gegen den Terrorismus kann nicht einzig und allein in Funktion der nationalen Interessen und der Ziele der Außenpolitik der Macht geführt werden, die heute unipolar herrscht.

Das Außenministerium erklärt erneut klar und eindeutig, daß die Aufnahme Kubas in die illegale Liste der Staaten, die den Terrorismus fördern, und in den Bericht des State Department über die Unterstützer des globalen Terrorismus, einer Aktion, die einen Vorwand für eine militärische Aggression gegen Kuba schafft, uns keinesfalls einschüchtert. Wenn dies das Ziel der Vertreter der Bush-Regierung ist, vergeuden sie ihre Zeit.

Das Außenministerium Kubas verurteilt diese neue Aggression der Vereinigten Staaten gegen die tadellose Haltung Kubas im Kampf gegen den Terrorismus und weist sie energisch zurück. Es fordert von der Regierung der Vereinigten Staaten, ihre verbrecherische Politik der Feindseligkeit einzustellen und in dem sogenannten Kreuzzug gegen den Terrorismus nicht mit zweierlei Maß zu messen. Es verlangt in Konsequenz gegen die terroristischen Gruppierungen vorzugehen, die sich in Miami nicht verstecken, um Terroraktionen gegen Kuba vorzubereiten, zu organisieren und auszuüben.

Mai 2003 •

WAS BLEIBT VON CUBADISCO

Wenig, aber Gutes aus der BRD

PEDRO DE LA HOZ
- für Granma Internacional

• ALS das Organisationskomitee der Internationalen Messe Cubadisco sich vor einem Jahr entschied, die Veranstaltung von 2003 der Bundesrepublik als Ehrengast zu widmen, begannen die Musiker, Agenten und kubanischen Schallplattenunternehmer sich angesichts dessen, was eine einzigartige Möglichkeit darstellen könnte, die Hände zu reiben.

Seit 1998 eröffnet Havana jedes Jahr im Mai ein Forum unter dem Namen Cubadisco, das über die normalen Grenzen der internationalen Schallplattenmärkte hinausgeht. Außer der Werbung und der Möglichkeit Geschäfte zu machen, zeichnet sich Cubadisco als ein Raum zur Konfrontation verschiedener Tendenzen und ästhetischer Erfahrungen auf dem Gebiet der Musik aus. Dabei wird mit einer integralen Sichtweise an diese Kunst herangegangen, also auf der Grundlage aller möglicher Trägermedien - CD, CD-ROM, DVD, Kino, Videoclips, Livekonzerte - und ihrer Problematik. Dazu gibt es Kolloquien, Rundtischgespräche, Konferenzen, etc..

Zwischen Cubadisco und PopKomm, der internationalen Messe, die im Sommer 2002 in Köln stattfand, bestanden ständig Kontakte, die jährliche Austausche garantierten. Eine plötzliche Veränderung in der Leitung des Unternehmens Musikomm, der Veranstalter von PopKomm, machte die Pläne zunichte. Kölns neuer Wind erkannte frühere Vereinbarungen nicht an. Anfang dieses Jahres 2003 war die Entscheidung über die BRD als Ehrengast von Cubadisco unsicherer denn je.

Aber die Organisatoren der kubanischen Messe gaben das Vorhaben nicht auf und wurden dabei von der Kulturabteilung der BRD-Botschaft in Havanna unterstützt. Die Anwesenheit des Ehrengastes war auf der Cubadisco 2003 zwar dünn gesät, aber schmälerte keineswegs die Werte einer Multikultur, die den Kubanern viel näher ist, als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Das beste Beispiel dafür ist das Galakonzert im Theater Almacedo Roldán. Die Hauptfigur war ein junger Pianist, der in den letzten 15 Jahren auf große Erfolge zurückschauen kann: Marcus Kretzer, mit Auszeichnungen in Rom und Paris. Sein Vortrag des *Klavierkonzerts No. 5, The Emperor*, von Beethoven, in Begleitung des Nationalen Sinfonieorchesters, unter Leitung von Enrique Pérez Mesa, brachte bei vielen wegen der feinen Harmonie und der präzisen Interpretation der inneren Dynamik der Sätze den Geist Beethovens eines der Großen des letzten Jahrhunderts in Erinnerung, den verehrten Chilenen Claudio Arrau.

Kretzer gab noch ein Konzert mit Werken von Bach, Chopin und Schubert in der Kleinen Basilika von San Francisco de Asís, in Alt-Havanna. Das Publikum belohnte die Darbietung mit begeistertem Beifall.

Heißt das, daß sich die Kubaner nur für die klassische Musik begeistern, weil sie aus dem Land kommt, das ein leuchtendes Zentrum der meisten westlichen Schulen gewesen ist? Hier sei gesagt, wenn Kretzer



Marcus Kretzer im Theater Almacedo Roldán

überzeugt hat, so deswegen, weil die Zuhörer ausreichend Referenzen hatten, um zu vergleichen und sein Spiel zu schätzen. Die Verbreitung der klassischen Musik ist Teil der umfassenden Allgemeinbildung, zu der alle Zugang haben. Die meisten Interpreten von Salsa und traditioneller Volksmusik unter 50 Jahre haben Musikschulen absolviert, nicht wenige sogar die Musikhochschule. Von Kind an haben sie gelernt, von einem Son von Miguel Matamoros oder Ignacio Piñeira zu einer Toccata von Bach oder Sonate von Beethoven überzuwechseln.

Der Auftritt der Experimental-Gruppe für Technomusik, Rechenzentrum, sorgte in Havanna für Hochstimmung. Einige dachten, wir würden so etwas wie das Drum und Dran einer Love Parade erleben. Nichts von all dem. Diese jungen Leute kultivieren eine musikalische Sprache mit intellektueller Spekulation. Mit visuellen Designs, die auf die musikalischen Töne abgestimmt sind, versuchen sie beim Zuhörer unterschiedliche Gemütszustände hervorzurufen, als wollten sie im 21. Jahrhundert die Perspektive der programmatischen Musik installieren. Ein wertvoller, aber zweifelhafter Versuch. Die konzeptuelle Kunst befindet sich im Rückzug.

Die Organisatoren von Cubadisco 2003 waren mehr für die Anwesenheit deutscher Agenten und Spezialisten auf dem Gebiet der audiovisuellen Industrie in Verbindung mit der Musik dankbar. Globale Erscheinungen, die im Fernsehen der BRD die Namen VIVA und VIVA 2 - das MTV-Syndrom - tragen, werden uns hier als Herausforderung zwischen massiver Vereinheitlichung und echter Förderung geistiger Werte vorgestellt.

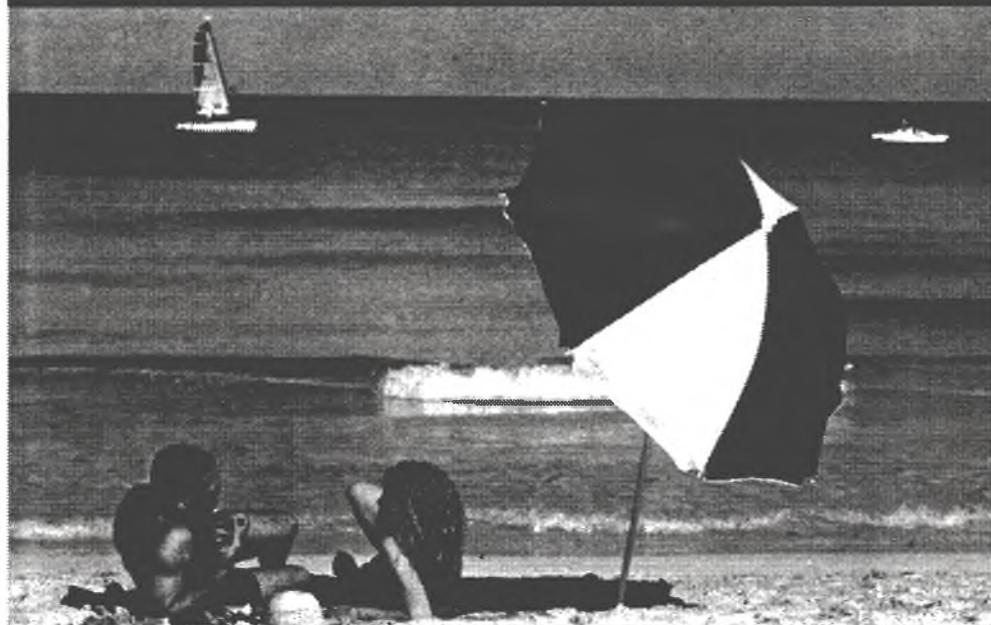
Die kubanischen Medien interessierten sich indes mehr für die Erneuerung einer Vereinbarung mit einem Deutschen spanischer Herkunft, Antonio Martínez. Seine Plattenfirma, En Directo, reichert nicht nur ihren Katalog mit wertvoller Exponenten der traditionellen kubanischen Musik an, sondern organisiert auch ausgezeichnete Tourneen und Festivals mit zunehmendem Er-

folg in Westeuropa. Der Autor war Zeuge des hervorragenden Abends kubanischer Musik, im Herbst 2002 in Berlin, im Haus der Kulturen der Welt.

Ich möchte diesen Artikel mit einem Blick auf die kubanisch-deutschen Beziehungen in der Musik schließen. Dazu komme ich auf die Eröffnungsgala zurück. Bevor Kretzer das Konzert *The Emperor* darbot, ver-

einten sich die Stimmen von drei Chören, Exaudi, Polifónico aus Havanna und der Kammerchor aus Matanzas mit dem Nationalen Sinfonieorchester in der *Ode zum Geburtstag von Queen Anne*, von Georg Friedrich Händel. Die drei Chordirigenten, María Felicia Pérez, Carmen Collado und José Antonio Méndez sind Absolventen der Musikhochschule Weimar. •

Varadero jetzt auch für €



Jetzt können Sie in Varadero alle Ihre Einkäufe in Euro bezahlen. So genießen Sie Ihren karibischen Urlaub
Noch mehr.

Varadero erwartet Sie.

www.cubatravel.cu

Kubanische Leichtathleten bereiten sich auf die Panamerikanischen Spiele vor

• **Neue nationale Rekorde: Yipsi Moreno im Hammerwerfen, mit 74,07 Meter, und Katuska Pérez, 4,20 Meter im Stabhochsprung**

ANNE-MARIE GARCIA - für Granma Internacional

195 DIE Weltmeisterin im Hammerwerfen, Yipsi Moreno, stellte mit 74,07 Meter einen nationalen Rekord im Leichtathletikwettkampf Memorial Barrientos auf, der am 31. Mai im Olympiastadion von Havanna stattfand.

"Ich freue mich zwar, bin aber noch nicht zufrieden, denn wäre der Regen nicht gewesen, hätte ich die 75 Meter überbieten können", sagte Moreno nach dem Wettkampf zu Granma Internacional.

"Für den ersten Auftritt der Saison ist es gut; jetzt muß ich im Wettkampf die sportliche Form erlangen", ergänzte die 22-jährige Sportlerin.

Moreno, die ihren Rekord vorher beim Cuba Cup verbessern konnte (72,47 Meter), erreichte so die zweitbeste Leistung der Saison nach der Französin Manuela Montebrun, der jetzigen Weltmeisterin (75,21 Meter).

"Montebrun wird eine große Rivalin bei den Weltmeisterschaften sein, aber im Hammerwerfen liegen alle ziemlich gleich auf. Im eigenen Land zu werfen, beeinflußt zwar, aber ist nicht entscheidend, und ich werde kämpfen, um meinen Titel von 2001 zu halten", schloß Yipsi.

Hinter Moreno blieben beim Cuba Cup die Kubanerin Yunaika Crawford, mit 70,69 Meter, und Aldenay Vasallo, mit 66,46 Meter.

Bei den Männern belegten in dieser Disziplin der Kubaner Yosvani Suárez, mit 71,85 Meter, den ersten Platz; ihm folgte Alberto Sánchez, mit 69,06 Meter, und Eric Jiménez kam mit 65,00 Meter auf den dritten Platz.

Das Speerwerfen für Damen mußte im Barrientos wegen Regen ausfallen, aber beim Cuba Cup hatte Weltmeisterin Osleidys Menéndez den ersten Platz mit einem Wurf von 63,96 Meter belegt und Sonia Bicet den zweiten mit 60,75.

Bei den Männern siegte Isbel Luce mit einem beachtlichen Rekord von 80,62 Meter.

Die Stabhochspringerin Katuska Pérez stellte im Cuba Cup einen neuen nationalen Rekord von 4,20 Meter auf.

Im 400-Meter-Hürdenlauf erreichte der Kubaner Sergio Hierrezuelo eine gute Zeit von 49,46 sec., den zweiten Platz belegte sein Landsmann Josué Moreno, mit 50,36 sec.



Wäre der Regen nicht gewesen, hätte sie die 75 Meter überboten, meinte Yipsi Moreno

Aus dem Hochsprung ging die Mexikanerin Romary Rifka als zweifache Siegerin hervor und im Cuba Cup verteidigte sie ihren persönlichen Rekord von 1,88 Meter und teilte den ersten Platz mit der Kubanerin Yarianna Argüelles.

Der mexikanische Läufer Heliodoro Navarro gewann den zweiten Platz im 800-Meter-Lauf, wobei eine Zeit von 1,51,41 min. gestoppt wurde. Er lag damit hinter dem Kubaner José Ricol, mit 1,51,04 min.

Bei den Damen belegte in Abwesenheit von Kubas Nummer Eins, Zulia Calatayud, ihre Landsfrau Adriana Muñoz mit einer Zeit von 2,01,35 Minuten den ersten Platz vor Yanelis Lara, 2,01,35 min., und Yuneisis Santiusty, 2,03,29 min.

Im 3.000-Meter-Hindernislauf erreichte ein weiterer Mexikaner, Gustavo Castillo, als zweiter das Ziel, die Stoppuhr zeigte 8,56,00 Minuten; vor ihm gelang es dem Kubaner Zandry Caraballo, mit 8,54,72 min.

Optimistisch zeigte sich bei den Leistungsproben der mexikanische Marathonläufer, Francisco Bautista, nachdem er den zweiten Platz im Cuba Cup erreicht hatte, und den ersten im Barriento belegte.

"Ich habe mit 14,12,70 min. meine beste Zeit der Saison im 5.000-Meter-Lauf geschafft. Die Reise war positiv für meine Vorbereitung für die Panamerikanischen Spiele, wo ich hoffentlich dazu beitragen kann, daß mein Land noch einmal das Podium besteigen kann."

Leichtathleten aus Puerto Rico nahmen ebenfalls teil. Manuel Rebollet erreichte die zweite Stufe auf dem Siegerpodest mit einem 17,80 Meter beim Kugelstoßen im Cuba Cup. "Ich bin zufrieden, auch wenn ich mir zum Ziel gemacht hatte, die 18 Meter zu überbieten", äußerte er gegenüber GI. Leider machte es ihm der Regen im Barrientos nicht möglich, die 18 Meter zur Qualifizierung für die Panamerikanischen Spiele in Santo Domingo zu schaffen.

"Ich bin nah daran. Gut, daß ich gemerkt habe, daß ich es erreichen kann, wenn ich einige technische Aspekte verbessere", hob der junge Athlet hervor.

Sein Landsmann, Alfredo Romero, hat seinen Vorsatz, die 56 Meter im Diskuswerfen zu übertreffen, nicht erreicht um sich für den Wettstreit des Kontinents im August zu qualifizieren.

Im Dreisprung für Männer des Barrientos erreichte Yoandry Betanzo, mit 17,37 Meter, die Spitze der Weltelite, während der Olympiazweite, Joel García, nicht antrat, da er sich von einer Operation erholte.

Im Dreisprung für Damen gewann die junge Mabel Gay, mit 14,25 Meter, vor Arianne Martínez, 13,80 Meter und Yusmay Bicet, 13,75 Meter.

In den 110 Meter Hürdenlauf im Barrientos, lief Olympiasieger, Anier García, mit 13,80 sec. als erster durchs Ziel, der panamerikanische Vizemeister, Joel Hernández konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht zum Wettkampf antreten, während Yunier Hernández den Sieg im Cuba Cup mit 13,69 sec. davontrug.

Nach diesen nationalen Wettbewerben setzt die kubanische Leichtathletik ihre Vorbereitung auf die Panamerikanischen Spiele in Santo Domingo fort. Eine Gruppe von 32 Athleten wird nach Europa reisen, um an den Wettkämpfen des alten Kontinents teilzunehmen.

Kubas Athleten wollen in Santo Domingo die beim kanadischen Treffen von Winnipeg 1999 erreichten Ergebnisse - 9 Goldmedaillen - überbieten. •

Havanna bestätigt Bewerbung um die Olympiade 2012

• DAS Kubanische Olympische Komitee (COC) bestätigte, die Einladung des Internationalen Olympischen Komitees (IOK) erhalten zu haben, um sich als Veranstalter der Olympischen Spiele 2012 zu bewerben, meldet die lokale Presse.

COC-Präsident José Ramón Fernández versicherte Granma gegenüber, im Besitz des Aufrufs des IOK zu sein, der an ca. 200 nationale olympische Komitees verschickt worden sei, um mit dem Prozeß der Auswahl beginnen zu können.

Fernández informierte, daß in den nächsten Wochen drei Briefe an das IOK abgesendet würden: einer des COC und die beiden der Regierungen von Havanna und

des Landes. Die Aufstellung der Kandidaten wird am 15. Juli 2003 abgeschlossen.

Havanna beantragt die Olympischen Spiele 2012 "im Namen der kleinen und armen Länder, die auf sportliche Verdienste verweisen können und bereit sind, bescheidene und würdige Spiele zu veranstalten", sagte der COC-Präsident zur kubanischen Tageszeitung.

Außer der Antillen-Hauptstadt interessieren sich noch die Städte: Leipzig, Madrid, Moskau, New York, Paris, Rio de Janeiro oder Sao Paulo, Toronto und vielleicht Istanbul, Kairo, Neu Delhi und Rom für die Veranstaltung.

Nach dem 15. Juli werden die Städte in die Auswahlphase treten, in der IOK-Experten die Grundbedingungen für die Organisation des Weltsportgipfels analysieren

werden. Die Ergebnisse der ersten Auswahl werden dem IOK-Exekutivbüro im Juni 2004 übergeben.

In einer kürzlichen Zusammenkunft mit der Presse bezog sich Fernández auf die Verdienste des kubanischen Sports, die errichteten Installationen und forderte, "einheitliche Maßnahmen, damit nicht nach der Anzahl der Einrichtungen oder der Einwohner einer Stadt entschieden wird, sondern nach den erreichten sportlichen Errungenschaften".

Das Hauptargument der Kandidatur von Havanna ist, so Fernández, die Gewährleistung von "schlichten und organisierten Spielen, in deren Mittelpunkt die Athleten und nicht die Sponsoren stehen werden". (A. M. G.) •



Kirchner, Mitte, unterhält sich mit dem Präsidenten Venezuelas und Kubas

KIRCHNER PRÄSIDENT VON ARGENTINIEN

Veränderungen und soziale Gerechtigkeit sind sein Ziel

• Fidel nahm an den Feierlichkeiten zur Amtsübernahme teil • Ohne Arbeit, Bildung und Gesundheit für die Argentinier können die Schulden nicht bezahlt werden, unterstrich der neue Präsident

JOAQUIN RIVERY TUR - Granma

• BUENOS AIRES.- Néstor Kirchner kündigte in seiner Antrittsrede als Präsident von Argentinien vor zwölf Präsidenten, unter ihnen der kubanische, Fidel Castro, im Zusammenhang mit den ersten Maßnahmen der neuen Regierung an, daß es ihm auf Veränderungen ankomme.

"Die Zukunft heißt Wandel", sagte er in seiner ersten Botschaft an die Nation, deren Schwerpunkt auf Veränderung angelegt war, nachdem er gemeinsam mit Vizepräsident Daniel Scioli den Schwur geleistet hat.

In direkter Anspielung auf die Praxis des Neoliberalismus erklärte Kirchner, daß sich in den neunziger Jahren niemand um die Verarmung der Argentinier gekümmert habe. Er betonte, daß sich das nicht wiederholen dürfe. Man hatte versucht, die Politik auf die Wahlergebnisse und die Regierung auf die Kreise der wirtschaftlichen Macht zu reduzieren.

"Es wird keine Zauberformeln geben, die uns retten", mahnte er. "Niemand soll denken, daß sich die Dinge von heute auf morgen ändern."

Er sprach sich für eine bessere und gerechtere Verteilung der Einnahmen aus. "Wir wollen die Werte der Solidarität und die soziale Gerechtigkeit wieder erlangen, die uns ermöglichen werden, die jetzige Realität zu verändern", ergänzte er.

"Wir wissen, daß der Markt organisiert, aber nicht integriert, und es ist notwendig, daß der Staat dort, wo der Markt ausschließt und nicht hilft, Gleichheit schafft. Der Staat muß die am stärksten benachteiligten Schichten schützen, mit an deren Worten, die Arbeiter und die Rentner", stellte der Regierungschef heraus.

"Die Gesellschaft verarmt, wenn sich die Regierung nicht um das Volk kümmert. Gesetzliche Sicherheit muß es für alle geben und nicht nur für die Mächtigen und Reichen", ergänzte er.

Es sei notwendig, denjenigen Unterstützung zu garantieren, die sich unterhalb der Armutsgrenze befinden, "damit sie Zugang zu Gesundheit, Bildung und Wohnung haben", erklärte er.

"Die Politik muß so sein, daß sie dem Druck, ganz gleich von wo er kommt, standhalten kann."

Er bezog sich mit Nachdruck auf eine regionale Politik, die vor allem auf den MERCOSUR ausgerichtet sein soll, und im Land werde "der Mittelpunkt unserer Expansionsstrategie der Konsum sein, wobei der Konsum der Bevölkerung ansteigen muß", stellte er heraus.

Der Staat werde sich als aktives wirtschaftliches Subjekt einbringen, indem er die öffentlichen Bauvorhaben, keine pompösen, sondern vor allem den Wohnungsbau und die Infrastruktur in Angriff nehme. "Wir müssen den Neoliberalismus mit dem Wachstum der nationalen Wirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze widerlegen", bemerkte er.

"Es darf nicht zur Umschuldung gegriffen und damit die Schulden erhöht werden. Die Gläubiger müssen verstehen, daß sie nur Rückzahlungen erwarten können, wenn es Argentinien gut geht", versicherte er und fügte an, die Schulden sei ein Schwerpunkt, aber sie können

nicht beglichen werden, ohne daß den Argentinern Arbeit, die Bildung ihrer Kinder und der Zugang zu ärztlicher Versorgung garantiert werde.

Die Streitkräfte müßten sich vor allen Dingen der Zukunft, und nicht der Vergangenheit widmen, und in internationaler Hinsicht sei es notwendig, den MERCOSUR mit neuen lateinamerikanischen Mitgliedern zu stärken und zu erweitern. Er sprach sich auch für ernste und vielfältige Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union aus.

In der argentinischen Geschichte war es das erste Mal, daß das Amt, die Präsidentenschärpe und das Zepter im Nationalkongreß und nicht in der Casa Rosada übergeben wurde.

Kirchner gab der Amtsübernahme mit der Auswahl eines Zepters, das sich von dem seiner Vorgänger unterschied, einen weiteren nationalen Touch. Statt eines im französischen Stil, mit Goldknopf, wählte er ein kreolisches voller argentinischer Symbole. Es war von dem Goldschmied Juan Carlos Pallardo gestaltet worden. Die offizielle Zeremonie begann mit dem Empfang der Delegationen durch Ex-Präsident Eduardo Duhalde. Beim Eintritt von Fidel folgten ihm die Kameras und fing ein wie ihn Duhalde bei der Begrüßung herzlich umarmte.

HUNDERTE VON ARGENTINIERN BEGRÜSSEN FIDEL

Präsident Fidel Castro verursachte großes Aufsehen bei den Argentinern. Zu Hunderten fanden sie sich vor dem Hotel Four Seasons ein, um ihn zu grüßen.

Sprechchöre wie Cuba, Cuba, Cuba, el pueblo te saluda (Kuba, Kuba, Kuba, das Volk grüßt dich) waren zu hören, Che-Plakate, kubanische und venezolanische Fahnen sah man in der Menge, die auch ihre Solidarität mit der bolivarianischen Revolution bekundete.

Ein Demonstrant sagte bewegt, dies sei ein historischer Tag für Argentinien und "vielleicht befindet sich der größte lebende Revolutionär der Welt auf unserem Boden und wir haben ihn gesehen, und so viele Menschen, die für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen. Für uns ist heute vielleicht die größte Freude des Lebens, daß Fidel hier ist, (stockend) und hoffentlich können Millionen Arbeiter und Jugendliche eines Tages ein Land haben, das gerecht ist und in dem es Arbeit für alle gibt".

Ein anderer Teilnehmer sagte, "Argentinien ist auch das Vaterland Fidels, Bolívars, das große lateinamerikanische Vaterland, von dem unsere Väter träumten".

Neben der Begrüßung Duhaldes und der Einladung zu einem Mittagessen mit dem Ex-Präsidenten war der kubanische Regierungschef an der Feier der Vereidigung des Präsidenten und Vizepräsidenten zugegen. Am Abend nahm Fidel am Empfang Kirchners in der Staatskanzlei teil, wo er den neuen Präsidenten und seine Ehefrau begrüßte und sich mit ihnen unterhielt.

An der Amtsübernahme Kirchners nahmen ebenfalls die Staatsoberhäupter von Ecuador, Lucio Gutiérrez; Uruguay, Jorge Batlle; Kolumbien, Alvaro Uribe; Venezuela, Hugo Chávez; Brasilien, Luiz Inacio Lula da Silva; Chile, Ricardo Lagos; Panamá, Mireya Moscoso; Guatemala, Alfonso Portillo; Bolivien, Gonzalo Sánchez de Lozada, und El Salvador, Francisco Flores, teil. •

Ein neues Kapitel in den Beziehungen zu Kuba

VICTOR M. CARRIBA

• BUENOS AIRES (PL).- Mit dem Besuch von Kubas Präsident Fidel Castro im Sitz des argentinischen Nationalkongresses endete eine Periode, in der die bilateralen Beziehungen auf offizieller Ebene so gut wie eingefroren waren.

Als der kubanische Revolutionsführer den Salon betrat, empfing ihn eine Beifallssalve, die das Protokoll brach. Ebenso wurden auch die Präsidenten Venezuelas und Brasiliens, Hugo Chávez und Luiz Inacio Lula da Silva, begrüßt.

Die Umarmung zwischen Fidel Castro und Duhalde wurde hier als das Ende einer Etappe schwieriger Beziehungen zwischen beiden Ländern angesehen, die 1989, mit der Übernahme der argentinischen Regierung durch Carlos Menem begann.

Damals brach Menem mit der politischen Haltung seines Vorgängers, des radikalen Raúl Alfonsín und vollzog eine Kehrtwendung von 180 Grad in Bezug auf Kuba, indem er in puncto Menschenrechte mit den USA für die Verurteilung der Insel stimmte.

Der Ex-Präsident pflegte in den zehn Regierungsjahren (zwei Mandate in Folge: 1989-1999) seine "Blutbande" mit Washington und verstärkte die Offensive gegen die Karibikinsel.

Im Dezember 1999, mit dem Wahlsieg der sogenannten Allianz (Koalition zwischen den Parteien Unión Cívica Radical und Frente País Solidario), erwartete man einen Wandel von dem neuen Präsidenten, Fernando de la Rúa, in seiner Haltung zu Havanna: die Rückkehr zu der von Alfonsín eingeführten historischen Haltung.

Doch ungeachtet der tiefen Widersprüche, die diese Entscheidung im Kabinett der Allianz hervorrief, trat De la Rúa in die Fußstapfen Menems und stimmte in den Jahren 2000 und 2001 gegen die Insel, noch bevor er sich gezwungen sah, aufgrund sozialer Unruhen im Dezember 2001 zurückzutreten.

Die Fortsetzung der antikubanischen Linie durch die argentinische Regierung führte zur Abberufung ihres Botschafters, Oscar Torres Avalos, aus Havanna - obwohl Kuba seinen Botschafter, Alejandro González, in Buenos Aires beließ - und zur Abkühlung der Beziehungen bis in die Nähe des Gefrierpunktes.

Demgegenüber hielt die kubanische Regierung weiterhin ihre Haltung der Unterstützung des Landes aufrecht, die sie im Krieg Argentinien gegen Großbritannien um die Falklandinseln eingenommen hatte und stellte sich auch weiterhin auf die Seite des südamerikanischen Landes in seiner Forderung nach der Hoheitsgewalt über das Territorium im Südatlantik.

Nach dem Rücktritt von De la Rúa kam es zu einer Protestwelle gegen die antikubanische Haltung, die in eindeutige Resolutionen des Senats und des Abgeordnetenhauses mündeten, die auch von vielen Provinzparlamenten und Unternehmerkreisen, von Politikern sowie sozialen Sektoren unterstützt wurden.

Vor zwei Monaten (April 2003) hat die Regierung Duhaldes ihre Haltung geändert und erneut zur Stimmenthaltung bei der Abstimmung zu Kuba in der Menschenrechtskommission in Genf gegriffen.

Dieser Schritt "öffnet jetzt die Möglichkeit, zu der bilateralen Zusammenarbeit auf allen Gebieten zurückzukehren, die von unseren Völkern verlangt und gebraucht wird", sagte hier kürzlich der kubanische Botschafter.

Dieser Punkt nahm an diesem 25. Mai mit der Anwesenheit Fidel Castros anlässlich der Feierlichkeiten zum Amtsantritt von Präsident Kirchner, der immer ein scharfer Kritiker der antikubanischen Haltung Menems und De la Rúas war, neue Dimensionen an. •



Ein Land voller Schwierigkeiten und wenig Hilfe

MARIA VICTORIA VALDES-RODDA
-Granma Internacional

• DIE Lage in Haiti ist äußerst kompliziert und prekär aufgrund des politischen Drucks, der auf die jetzige Regierung im Kontext mit internationalen finanziellen Hilfen ausgeübt wird. Diese Hilfen sind aber unbedingt notwendig, wenn man den 25. Platz der ärmsten Länder der Welt verlassen will.

Da ein großer Teil der Opposition entschlossen ist, den im Mai 2001 gewählten Präsidenten Jean Bertrand Aristide (sein zweites Mandat nach den Wahlen von 1994) nicht als verfassungsmäßig anzuerkennen, ist diese Karibiknation äußerst gefährdet, Ziel einer möglichen ausländischen Intervention zu werden.

Die alles andere als verheißungsvolle Perspektive - dieses Land erlitt seit dem 19. Jahrhundert wiederholt derartige Operationen - wird auch von einigen Gegnern der regierenden Organisation Politique Lavalas (OPL) nicht übersehen.

Am 25. März wiesen sowohl die oppositionelle Convergencia Democrática (CD) als auch die Regierung jedes Anzeichen einer militärischen Einnischung in die Angelegenheiten der Nation zurück. Beide Strömungen sind laut Prensa Latina der Meinung, daß weder die Vereinten Nationen noch die Initiative von Ottawa die allgemeine Krise besser lösen können als die Haitianer selbst.

Unter L'Actualit.com konnte man am gleichen Tag im Internet lesen: "Der oppositionelle Sprecher Paul Denis betrachtet jeden Gedanken an eine Besetzung des nationalen Territoriums durch ausländische Kräfte als negativ. Ex-Präsident Leslie Manigat appellierte angesichts der Interventionsgefahr an den haitianischen Patriotismus."

"Dieses Ansinnen ist ein Schlag gegen die Unabhängigkeit", beurteilte er, "und es unterschätzt die Fähigkeit des Volkes, seine Probleme selbst zu lösen und ein modernes Land aufzubauen."

Das politische Projekt von Kanada, den USA, Frankreich



80% der Haitianer leben unter der Armutsgrenze

und El Salvador (Initiative von Ottawa) empfiehlt ein Einschreiten der UNO, ähnlich dem im Kosovo-Konflikt angewendeten Schema.

In diesem Sinne rief Jonas Petit, ein OPL-Führer, im nationalen Rundfunk zu einem konstruktiven Dialog zwischen den Seiten auf, mit der Begründung, daß ein solches Eingreifen die Differenzen noch vertiefen würde und nicht zu der so sehr herbeigesehten aber bisher, aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel und des nicht vorhandenen Bürgerfriedens, irrealen Entwicklung beitragen würde.

INTERNE DISKREPANZEN

Aristide steht vor der Aufgabe, einen Pakt zwischen seinen Gegnern gemäß der Forderung der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) und ihres Generalsekretärs, César Gaviria, zu erreichen.

Dafür muß er den Weg für neue Präsidentenwahlen unter Aufsicht eines provisorischen Wahlausschusses ebnen, an dem alle Sektoren, einschließlich die CD, beteiligt sind.

Experten zufolge weist allerdings diese Gruppierung und ihr radikalster Flügel keine große Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit auf, um so seinen Rücktritt zu provozieren.

Der haitianische Regierungschef hat sich jüngst für Versammlungen mit der Opposition eingesetzt. Der Mandatsträger erachtet die Verhandlungen als eine Garantie zur Freigabe von 500 Millionen Dollar, die, obwohl von

internationalen Entwicklungsinstitutionen genehmigt, aufgrund der Wirtschaftsblockade des Weißen Hauses zurückgehalten werden.

ERSCHÜTTERNDE ZAHLEN

Haiti hat eine Auslandsverschuldung von insgesamt 1,1 Milliarden Dollar, eine Summe, die aus der Zeit der Diktatur von Papa Doc und seinen Nachfolgern, den Duvaliers, stammt, welche auf Kosten des Elends ihrer Mitmenschen ein Kapital von mehr als 900 Millionen Dollar anhäufte.

85 Prozent der Schulden setzen sich aus den multilateralen Schulden gegenüber der Weltbank, der Bank für Interamerikanische Entwicklung und dem Internationalen Währungsfonds zusammen.

Bilaterale Zahlungsverpflichtungen (15%) hat Haiti gegenüber Italien, Spanien, Frankreich und den USA. Widersinniger Weise steht dieses karibische Land aber nicht auf der Liste der Länder, die von der Initiative der Hochverschuldeten Armen Länder einen Schuldenerlaß erwarten können. 80% der Haitianer leben unter der Armutsgrenze.

Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei knapp 400 Dollar im Jahr, die Lebenserwartung bei 52 Jahren, 52% der Bevölkerung sind Analphabeten und über 50% arbeitslos.

So ist, alles in allem, bei einer Handlungsweise, die den Verhaltensregeln der menschlichen Solidarität widerspricht, die Hilfe von 367 Millionen Dollar im Jahre 1997 auf unter 261 Million zusammengeschrumpft.

Zu dem großen, hinreichend veröffentlichten, Leid kommt eine Kindersterblichkeit von 80 je tausend lebend Geborener und eine Müttersterblichkeit von 523 je 100.000. Auf dem amerikanischen Kontinent ist Haiti zudem das am stärksten von AIDS betroffene Land. 390.000 Personen seiner knapp sieben Millionen Einwohner sind an dem Virus erkrankt und jährlich kommen 5.000 an AIDS erkrankte Kinder zur Welt.

Zur Orientierung in diesem dunklen sozialen Wirrwarr riet der angesehenen haitianische Schriftsteller Frankétienne (Frank Etienne), sich mit der Geschichte zu wappnen. Er, wie die übrigen seiner Mitstreiter, sind stolz darauf, dank des Befreiungskrieges der Sklaven gegen die französische Kolonialherrschaft unter Toussaint Louverture im ersten unabhängigen Land der Hemisphäre geboren worden zu sein.

Fast 200 Jahre nach jener Revolution (1804), müsse Haiti versuchen, diese historische Errungenschaft zu verteidigen, aber dafür, sagt er, sei die na-

BRIEFKASTEN

Zu den Ereignissen, die im März und April das Interesse (nicht nur) der Welt- und Regionalpresse auf Kuba lenkten und die ausführlich in den letzten beiden Nummern der Deutschen Ausgabe von Granma Internacional behandelt wurden, sandte uns unser treuer Leser und langjähriger Abonnent Günter Belchus folgende Stellungnahme:

Leserbrief zu den Todesurteilen gegen die drei Entführer einer Fähre

Als ich vor kurzem erfuhr, daß die drei Entführer einer afenfähre zum Tode verurteilt und kurz darauf hingerichtet worden sind, mochte ich dies zunächst nicht glauben. Inzwischen weiß ich, daß entsprechende Berichte zutreffen.

Ich bedaure das Geschehene zutiefst, ich bin enttäuscht, aber auch besorgt und sehr traurig. Als ein entschiedener Gegner der Todesstrafe fällt es mir schwer, Rechtfertigungsgründe für das Vorgehen der Behörden und der Justiz in Cuba zu finden. Deren Reaktion ist zwar in gewisser Weise nachvollziehbar; denn seit einiger Zeit greift es ja um sich, Verkehrsmittel, in erster Linie Flugzeuge, zu entführen, um so in die USA zu gelangen, und es ist deshalb durchaus verständlich und auch zu akzeptieren, daß alles getan werden muß, um diesem verbrecherischen Treiben ein Ende zu bereiten. Ich verkenne auch nicht, daß sich Cuba zur Zeit außenpolitisch in einer sehr schwierigen Phase befindet, Freiheit, Selbstbestimmung, Souveränität des Landes sind wegen der augenblicklichen besonderen Aggressivität der derzeit in Washington Regierenden in allergrößter Gefahr. Die heutige Situation ist vielleicht nur noch vergleichbar mit der der fehlgeschlagenen Invasion in Playa Girón oder der Raketenkrise. Ich bin und bleibe aber der Überzeugung, daß die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe kein adäquates Mittel ist, solche Verbrechen zu ahnden und künftigen Taten ähnlicher Art vorzubeugen. Ich unterstelle dabei, daß auch in Cuba und vor allem bei den Verantwortlichen die Gründe bekannt sind, die uns in Europa veranlaßt haben, die Todesstrafe abzuschaffen. Zu diesem Thema ist im übrigen schon früher an dieser Stelle ein Leserbrief von mir veröffentlicht worden. Weitere Ausführungen zur Fragwürdigkeit dieser Straftat dürften sich deshalb erübrigen.

Daneben gibt es noch einige mehr praktische Gesichtspunkte, die ich ansprechen möchte:

Meine erste Befürchtung ist leider bereits Realität geworden. Es war für mich abzusehen, daß die Todesurteile auch in Genf auf der diesjährigen Tagung der Menschenrechtskommission zur Sprache kommen würden, und ich möchte nicht ausschließen, daß das Abstimmungsverhalten des einen oder anderen Landes hierdurch beeinflusst worden ist.

Daneben fürchte ich, daß diese Urteile auch das laufende Verfahren der fünf Gefangenen des Imperiums negativ beeinflussen können. Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß die Fälle nicht miteinander vergleichbar sind. Die Entführer der Hafenfähre waren skrupellose Verbrecher, die auch unbeteiligte Passagiere und die Besatzung der Fähre in höchste Gefahr gebracht haben. Bei den Fünf handelt es sich hingegen um Patrioten, die selbstlos und ohne andere zu gefährden bemüht waren, gegen ihr Land und die dort Lebenden gerichtete Straftaten zu verhindern. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Stimmung auch bei dem Gericht in Atlanta nunmehr zu Ungunsten unserer Freunde umschlägt. Ein günstiges Klima wäre aber bei der Unberechenbarkeit der US-Justiz, bei der es ja häufig fast ausschließlich auf eine positiv gestimmte öffentliche oder veröffentlichte Meinung ankommt, sicherlich sehr hilfreich gewesen. Es reicht ja nicht, im Recht zu sein, man muß es auch bekommen. - Ausgesprochen bedauerlich finde ich daneben, daß sich Amnesty International, deren Mitglieder sich seit Anbeginn an immer gegen die Todesstrafe und für ihre Abschaffung in der ganzen Welt ausgesprochen haben, brüskiert fühlen muß, und das zu einer Zeit, wo es uns endlich gelungen ist, diese Organisation, die ja Cuba gegenüber sehr kritisch

ist, auf unsere Seite zu ziehen und für den Fall der fünf Anti-Terroristen zu interessieren. Ich bin sicher, daß das Engagement von Amnesty sehr dazu beigetragen hat, daß sich unsere Freunde heute wieder im Normalvollzug befinden, und es wäre vorteilhaft gewesen, wenn Amnesty uns weiterhin so sachkundig und energisch unterstützt hätte.

Die Todesurteile haben daneben auch in der deutschen Solidaritätsbewegung für erhebliche Unruhe gesorgt; die Urteile werden allgemein abgelehnt. Anstatt aber offensiv die Kräfte im Kampf gegen die imperialen Ansprüche der USA zu bündeln, ist die Bewegung jetzt in der Defensive und diskutiert zu Zeit vor allem darüber, wie man Angriffe gegen Cuba abwehrt und wie man etwas rechtfertigen kann, was man selbst nicht für richtig hält.

Bei der Gelegenheit ist noch ein weiterer Gesichtspunkt anzuführen: Wir können doch von Glück sagen, daß das Gericht in Florida seinerzeit nicht, anstatt auf lebenslange Haft zu erkennen, gegen Gerardo Hernández und Ramón Labañino Todesurteile verhängt hat. Wenn diese dann auch noch so rasch vollstreckt worden wären, wie dies im Falle der drei Entführer der Fähre geschehen ist, hätte es den beiden auch nicht mehr genützt, wenn sich jetzt, wo wir alle ausgehen, ihre Unschuld herausstellt.

Um aus der gegenwärtigen Lage noch etwas Positives, Zukunftsweisendes zu machen, möchte ich mir eine Anregung erlauben: Man sollte überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, dann, wenn demnächst wieder etwas mehr Ruhe eingetreten ist, zu einem Symposium nach Havanna einzuladen, auf dem Wissenschaftler und sonstige Sachkenner aus Cuba und aus Deutschland einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu der Problematik der Todesstrafe abhalten. Dieses Symposium sollte interdisziplinär zusammengesetzt sein; ich stelle mir als Teilnehmer nicht nur Juristen, sondern auch Philosophen, Psychologen, Theologen, Praktiker aus dem Strafvollzugswesen u.ä., aber auch Abgeordnete beider Parlamente und sonstige Entscheidungsträger vor. Ich meine, ich hätte neulich aus einer Äußerung des cubanischen Außenministers herausgehört, daß er zumindest eine Überprüfung der Todesstrafenpraxis in Cuba nicht für alle Zeit ausschließt. Dazu würde meines Erachtens ein solches Symposium doch sehr gut passen.

Wer mich kennt, weiß, daß ich Cuba liebe, vielleicht mehr als mein eigenes Heimatland, und daß mir stets bewußt ist, welch einen Segen die Revolution für Cuba darstellt. Man wird deshalb hoffentlich allgemein verstehen, daß ich diesen Brief schreiben mußte, und auch wissen, daß ich dies nicht in der Absicht getan habe, Cuba zu kritisieren, sondern in dem Wunsch und der Hoffnung, dieses Land weiter voranzubringen. Ich glaube des weiteren, der Verzicht auf die Todesstrafe in den konkreten Einzelfällen und die Abschaffung derselben generell hätte einen guten, wertvollen Beitrag zu der aktuellen "Schlacht der Ideen" darstellen können. Ich finde es deshalb auch sehr schade, daß Cuba die Chance verpaßt hat, durch einen Verzicht auf die Verhängung der Todesstrafe, was ja nach dem in diesem Fall wohl einschlägigen Artikel 117 - "Piratería" - des Codigo Penal möglich gewesen wäre, nicht nur den USA, sondern der ganzen Welt zu beweisen, daß Cuba aufgeklärter, weiser und humaner ist und die Menschenrechte mehr respektiert als die selbsternannten, heuchlerischen Hüter der Menschenrechte jenseits der Florida-Straße, die bekanntlich, was die Verhängung und Vollstreckung von Todesstrafen angeht, wahrhaftig nicht als beispielgebend gelten können.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal wiederholen, daß alle mit dem Abonnement in Zusammenhang stehenden Nachrichten (Anschriftenänderungen, Bestellungen, Kündigungen, Kontoänderungen, etc.) an den GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, in 50674 Köln, Tel.: 0221-211658, Fax: 0221-215373 zu richten sind. •

US-BLOCKADE BEEINTRÄCHTIGT DIE GESUNDHEIT

DAS US-Finanzembargo gefährdet die haitianische Gesundheit, so daß bereits ausgerottete Krankheiten wieder auftreten, warnen die Ärzte Dr. Paul Farmer und Dr. Mary C. Smith, Professoren der Medizinschule von Harvard.

Wie Prensa Latina meldet, ist diesen Spezialisten zufolge, die humanitäre Arbeit in Haiti leisten, die in der westlichen Hemisphäre ausgerottete Kinderlähmung im Osten Haitis bereits wieder akut.

Malaria, Anämie, Milzbrand, Meningitis und ein gegen Medikamente widerstandsfähiger Tuberkulose-Bazillus breiten sich aus, wobei die Mittel nicht ausreichen, diese tödlichen Krankheiten zu bekämpfen. Sie klagten an, daß die Finanzblockade der USA den Erhalt der zur Verbesserung des Gesundheitssektors erforderlichen 146 Millionen Dollar verhindere. •



Unser Amerika



Venezuela

Versorgung mit Medikamenten, Lebensmitteln und Treibstoff gewährleistet

• **Präsident Chávez deckte einen neuen Destabilisierungsplan auf, nach dem mit Hilfe der privaten Massenmedien das Land mit Gerüchten überschwemmt werden soll**

MARIA VICTORIA VALDES-RODDA - Granma Internacional

• DIE neue Strategie der venezolanischen Opposition ist der Versuch eines sozialen Putsches, indem sie offen die Realität verfälscht, um möglichst viele Sympathisanten für ein angebliches Referendum zu gewinnen, mit dem Präsident Hugo Chávez abgesetzt werden soll. Der Staatschef hat am 11. Mai, als er diesen Plan aufdeckte, die Exekutive und das Volk aufgerufen, angesichts dieser Machenschaften der Coordinadora Democrática (CD) wachsam zu sein.

Außerdem kündigte Chávez seinen Gegnern für Juli die Gründung einer Nationalen Front an, die sich aus den verschiedensten politischen Kräften zusammensetzen wird, um die Errungenschaften der bolivarianischen Revolution zu verteidigen. Es ist möglich, daß die Nationalversammlung das Gesetz über die soziale Verantwortung von Funk und Fernsehen verabschiedet, das von Chávez als ein Instrument für die Redefreiheit betrachtet wird, das aber gleichzeitig auch die Bestrafung von Fälschungen und Manipulationen von Informationen vorsieht.

Seit etwa drei Monaten werden in einer privaten Medienkampagne Gerüchte über den Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff in der südamerikanischen Nation verbreitet. Darin wird versichert, wie ANSA berichtet, daß die Verzögerung der Operationen des Verwaltungsausschusses für Devisen (CADIVI) auf den Mangel an staatlichen Mitteln zurückzuführen sei, die zum Beispiel für wichtige Importe von Verbrauchsmaterialien für die Produktion von Brot oder die Geflügelzucht gebraucht würden.

CADIVI informierte die Presse angesichts einer Reihe von Verdrehungen der Tatsachen durch die Opposition, deren einzige Absicht es ist, die jetzige Regierung als unglaubwürdig hinzustellen, daß sie "bereit ist, die Devisen für den realen Importbedarf wichtiger Erzeugnisse und Rohstoffe zur Verfügung zu stellen".

Chávez erklärte, warum viele Unternehmer die von der CADIVI angebotenen Dollar nicht bekommen haben. "Sie (die Unternehmer) erfüllen die staatlichen Anforderungen nicht, zu denen die Vorlage der Zahlungsbelege für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zählen". Er unterstrich auch die wichtige Rolle dieser Behörde, die mit der Kontrolle der Wechselkurse beauftragt ist und Devisenflucht und Spekulation zu vermeiden hat.

In Mérida, im Südosten des Landes, sagte der Präsident in seinem traditionellen Sonntagsprogramm im Fernsehen, daß

diejenigen, die ihn zum ersten Mal im April 2002 aus seinem Amt stürzen wollten und jetzt für August ein Referendum anberaumen, eine neue Verschwörung geplant hätten, die darin bestünde "das Land mit Gerüchten zu überschwemmen und sie benutzen dazu Funk und Fernsehen".

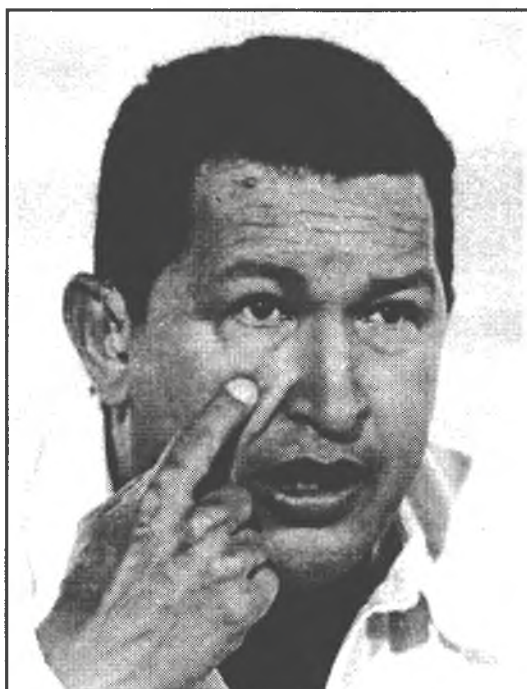
"Ich klage den neuen Destabilisierungs- und Medienangriff an, aber ich wiederhole: wir werden ihn abwehren. Ich rufe das venezolanische Volk auf, sein Kampfbewußtsein zu stärken."

Er apellierte an das Vertrauen, das der bolivarianische Prozeß in diesen Jahren gewonnen hat, der, wie er sagte, alles daran setzen wird, um die Ernährung der Bevölkerung zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang kündigte er den Import von mehr als tausend Tonnen Geflügelfleisch aus Brasilien und Weizenmehl aus Italien an, um das Vakuum auf dem Binnenmarkt zu beseitigen.

Chávez bezog sich auch auf die provokatorische Haltung der Hersteller, die Lebensmittel horten und somit Saboteure sind. Um diese Lage, die er als Betrug bezeichnete, zu illustrieren, informierte er über die Beschlagnahme von absichtlich versteckten Lebensmitteln.

FRANZÖSISCH-BRASILIANISCHER KONZERN BETEILIGT SICH AM BAU DES WASSERKRAFTWERKS

Als ein Beispiel, daß die Nation trotz der feindlichen Hindernisse voran schreitet, nannte das venezolanische Staats-



Chávez rief angesichts der neuen Manöver der Opposition zur Wachsamkeit auf

oberhaupt die Investition von ca. 160 Millionen Dollar für den Bau eines wichtigen Wasserkraftwerkes im Südwesten, mit dem ab 2006 die nationale Energieversorgung verbessert wird. Das Projekt wird von dem venezolanischen Unternehmen für die Verwaltung und Gewinnung von Elektrizität (CADAFE) und dem französisch-brasilianischen Konzern Alatom Power Hidro ausgeführt.

"Dieser Vertrag straft die Opposition noch einmal Lügen, mit denen sie einige Venezolaner und die Leute in der Welt konfus machen will, indem sie verbreitet, in Venezuela gebe es keine Regierung, es sei unregierbar und niemand wolle in Venezuela investieren", betonte er.

Als er die Möglichkeiten analysierte, am 19. August, in der Mitte seiner sechsjährigen Amtszeit (2000-2006), einem Referendum ausgesetzt zu sein, meinte Chávez, daß die CD viel zu tun haben wird, um 2,8 Millionen glaubhafte, nicht gefälschte, Unterschriften zu sammeln.

Im Gegensatz dazu prognostiziert er die zunehmende Einheit

unter den Kräften, die mit seiner Regierung sympathisieren, und versicherte, daß eine neue bolivarianische Front die Mitte-links-Parteien und organisierte Gruppen von Bürgern wie der Frauen, Gewerkschaften, Chauffeure, Bauern u. a. vereinen wird.

"Die Opposition wird beim Sammeln der Unterschriften für das Referendum zu meiner Entlassung auf den Straßen schwitzen, aber ich wiederhole, es müssen echte Unterschriften sein, keine gefälschten wie im Dezember, als bei jener Kampagne Namen von Militärs, die sich zu dieser Zeit im Ausland aufhielten, und andere, die elektronischen Listen der Banken entnommen wurden, darunter waren."

INTERESSENKÄMPFE INNERHALB DER OPPOSITION

Prensa Latina meldete am 12. Mai die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Opposition und der Regierung am Verhandlungstisch unter der Kontrolle der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS).

Aber die Gegner von Chávez zeigen keine einheitliche Haltung zur Präsidentschaft, denn sie haben begonnen individuelle Kandidaten aufzustellen, was nach Meinung von Analytikern auf Befürchtungen über Auflösungserscheinungen in der politischen Arena und eine beginnende Krise in den Reihen der Opposition hinweist.

Die gleiche Presseagentur stellte fest, daß die Partei Acción Democrática (AD) in der Figur ihres Generalsekretärs, Henry Ramos Allup, den Parteien Primero Justicia (PJ), Causa R und Proyecto Venezuela (PV), alle Mitglieder der CD, vorwirft, das Zerwürfnis der Front erreichen zu wollen. •

Abkommen und Handelsverträge mit Kuba

• CARACAS.- Kuba und Venezuela unterzeichneten ein Abkommen zur Vermeidung der doppelten Besteuerung und der Steuerhinterziehung sowie acht Handelsverträge im Rahmen des gültigen integralen Kooperationsabkommens zwischen beiden Ländern, informierte Prensa Latina.

Der Unterzeichnung im Präsidentenpalast Miraflores wohnten der Staatschef Hugo Chávez; Vizepräsident José Vicente Rangel, der Ministerpräsident und Leiter autonomer Einrichtungen sowie der Botschafter Venezuelas in Kuba, Julio Montes bei.

Die kubanische Seite war vertreten durch Marta Lomas, Ministerin für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Spezialisten dieses Ministeriums, der Botschafter Kubas, Germán Sánchez Otero und andere Vertreter der Botschaft.

Das Doppelbesteuerungsabkommen wird in Kuba auf die Besteuerung des Gewinns, des persönlichen Einkommens und Eigentums bzw. Besitzes von Gütern angewendet; in Venezuela auf die Kapitalertrags- und Guthabensteuern der Unternehmen.

Die übrigen Verträge umfassen den Tourismus, die technische Beratung in diesem Bereich und die Ausbildung von Personal für die Ausweitung des Tourismus in Venezuela, sowie die Umwelt, hier speziell die Beratung bei der Vorbereitung von Umweltprogrammen für die Küstenzonen.

Im Bereich Landwirtschaft werden Kubaner und Venezolaner weiterhin an der Zuckerfabrik Ezequiel Zamora, im Bundesstaat Barinas, arbeiten sowie technische Hilfe für die Zuckerfabrik Pío Tamayo zur Entwicklung der Zuckerwirtschaft in diesem Jahr leisten.

Weitere Dokumente wurden über die Ausbildung von 20 venezolanischen Forschern im wissenschaftlich-technischen Bereich und den Erwerb von kubanischer Medizintechnik durch Caracas für die frühzeitige Feststellung von Gehörstörungen bei Kindern unterzeichnet.

Kuba wird bei der Errichtung von 1.400 Wohnungen nach dem Plattenbausystem Hilfe leisten, wobei die ersten bereits im Bundesstaat Nueva Esparta entstehen, sowie die Bereiche Bildung, Kultur und Sport mit Leistungen unterstützen.

Ministerin Lomas wies in ihrer Ansprache darauf hin, daß mit diesen Verträgen das diesjährige Abkommen über Zusammenarbeit ausgeschöpft sei und die Arbeit zur Aufnahme neuer Inhalte für 2004 beginne.

Sie stellte die Errungenschaften im Gesundheitswesen heraus, im Zusammenhang sowohl mit der Lieferung der Ausrüstungen für Venezuela als auch mit den 268 kubanischen Ärzten in der südamerikanischen Nation, die jetzt auch in bevölkerungsreichen Vierteln der Hauptstadt, gemeinsam mit venezolanischen Ärzten, arbeiten.

Sie erinnerte daran, daß mehr als 3000 Patienten kostenlos in Havanna medizinisch behandelt wurden, wobei 1.400 Operationen, vor allem orthopädische, Herz- und Augeneingriffe vorgenommen wurden.

Sie vergaß auch die Arbeit der mehr als 760 Sporttrainer in 20 venezolanischen Bundesstaaten und die der Fachkräfte in der Zuckerindustrie und Landwirtschaft nicht.

Abschließend erwähnte sie die 700 venezolanischen Jugendlichen, die auf der Insel Medizin studieren bzw. dort zu Sportspezialisten und Sozialarbeitern ausgebildet werden. •

REPORTER OHNE GRENZEN RAUS AUS DER UNO

Eine unangenehme Überraschung für den Agenten Ménard

JEAN-GUY ALLARD - für Granma Internacional

• ALS ein von der CIA geprüfter und von der Großzügigkeit der National Endowment for Democracy (NED) und der United States Agency for International Development (USAID) begünstigter Agent hat Robert Ménard den Ruf, seine Organisation, Reporteros Sin Fronteras (RSF), eine Art Ein-Mann-Show, wo nur er und sonst niemand etwas zu sagen hat, mit stählerner Faust zu führen. In den letzten Tagen hat er zu spüren bekommen, daß das UN-Organ, in das er offensichtlich erfolgreich eingedrungen war, nicht so nachsichtig ist, wenn es darum geht, Bilanz zu ziehen.

Der Presseagentur AFP zufolge könnte die RSF bald den Status eines konsultierenden Mitglieds der UNO verlieren, nachdem der UN-Ausschuß für Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) beschlossen hat, zu beantragen, sie für ein Jahr auszuschließen.

Wie die französische Presseagentur informierte, habe der Ausschuß "die Entscheidung, die RSF für ein Jahr auszuschließen, auf Antrag Kubas getroffen", der von China, der Elfenbeinküste, Iran, Pakistan, Rußland, Sudan, der Türkei und Simbabwe unterstützt werde.

In von AFP verbreiteten Kommentaren erwähnt Ménard die Opposition Perus und Chiles gegen diese Maßnahme, vergißt aber - rein zufällig - die USA.

Nimmt der UN-Wirtschafts- und Sozialrat den Antrag im Juli an, verliert die RSF den Status eines konsultierenden Mitglieds.

Die kubanische Delegation schlug den Ausschluß der RSF aufgrund eines von ihr provozierten Zwischenfalls bei der Eröffnung der 59. Menschenrechtskommission, am 17. März, in Genf, vor, als die Vertreterin Libyens, die Vorsitzende dieser Kommission, redete.

In ihrer gewalttätigen antikubanischen Show, deren Charakteristika den Weisungen der CIA entsprechen, hat die RSF in letzter Zeit, neben kostspieligen Werbekampagnen in Presse und Fernsehen, mehrere Aktionen in Paris zu den Verhaftungen bezahlter Kollaborateure der von CIA-Agent James Cason geleiteten US-Interessenvertretung (SINA) in Havanna organisiert.

Diese Söldner, die sich selbst als Reporter bezeichnen, wurden als Informanten der ultrarechten Presse in Miami geworben und sind ganz offen von Ménard bezahlt worden, der dies auch in einem Interview mit den Journalisten Hernando Calvo Ospina und Katlijn Declercq zugab. Die beiden sind Autoren des Buches *Dissidenten oder Söldner?*

NEBEN MONTANER UND VARGAS LLOSA

Ménards Mitstreiter, alles Mitglieder der faschistischen Fundación Internacional para la Libertad (Internationale Stiftung für die Freiheit), die im Oktober 2002 in Spanien gegründet wurde und von dem peruanischen Schriftsteller Mario Vargas Llosa geleitet wird und der auch Carlos Alberto Montaner, würdiger Sohn eines Agenten, der im Dienst des Diktators Fulgencio Batista stand, angehört, besetzten Anfang April mehrere Stunden lang das Tourismusbüro Kubas in der französischen Hauptstadt und versuchten Ende des gleichen Monats, den Eingang der kubanischen Botschaft zu versperren.

Die gesamte RSF-Kampagne fügt sich systematisch in die US-Pläne gegen Kuba ein, die in Washington und Miami ausgeheckt wurden, wo Ménard enge Verbindungen zu Vertretern der Mafiaspitze hat, die in Süd-Florida mit Terror, Erpressung und Korruption herrschen. Somit sind die "unabhängigen Journalisten", die so brennend verteidigt werden, gerade die, die der batistianischen Presse, wie der Tageszeitung *Diario de Las Américas*, und Regierungsorganen, die, wie Radio Martí, einer Filiale der Voice of America, nicht weniger batistianisch sind, zuarbeiten.

Neben denen seiner Hintermänner aus Washington und Langley, denen der Kreise der Europäischen Union, die er mit seinem Gift anstecken konnte, ist dieser einmalige "Kämpfer für die Freiheit" nicht zu stolz, auch die Schecks des französischen Multimillionärs Francois Pinault anzunehmen.

Und die von dem kürzlich verstorbenen Jean-Luc Lagardère, einem anderen großen Mächtigen Frankreichs und Geschäftsmann für... Raketen. Und ebenfalls die



Neben denen seinen Helfern aus Washington, Langley und Kreisen der Europäischen Union zögerte Robert Ménard, dieser einmalige "Unternehmer der Freiheit", nicht, die Schecks verschiedener Persönlichkeiten anzunehmen, die sich nicht gerade durch die Verteidigung der Ärmsten auszeichnen

von Serge Dassault, einem internationalen Waffenhändler.

Als die europäischen Raketen auf Belgrad fielen und 16 Journalisten des nationalen Fernsehens töten, vergaß Ménard, das in seinem "Jahresbericht" anzuführen.

In Venezuela verteidigte Ménard recht deutlich die bürgerliche Putschpresse, als er die Volksrevolution von Hugo Chávez anklagte. Und im Irak, wo war Ménard, als

die US-Truppen das Feuer auf das Hotel Palästina eröffneten, in dem das internationale Pressezentrum untergebracht war?

Man weiß auch, wie sich Ménard entschloß, die "Pressefreiheit" bis aufs Äußerste zu verteidigen..., indem er die neofaschistische Presse, die reaktionärste zu legitimieren wagte, wie er es skandalöserweise am 8. Januar in dem Programm *Culture et dependances* der französischen Fernsehreihe France 3 tat.

DIE FREIE PRESSE MENARDS IST DIE PRESSE DER DESINFORMATIONSKONZERNE

Die "freie" Presse Ménards ist die, die die Massaker in Afghanistan und im Irak mit Lügen rechtfertigte, die sich weigerte, die Leichen in den Containern von Kabul zu sehen, die Exterminierungskäfige von Guantanamo und die zwei Millionen Inhaftierten, in der Mehrheit Schwarze und Lateinamerikaner, und die Hinrichtungsrekorde in den US-Gefängnissen.

Es ist auch die Presse, die einer kleinen Anzahl multinationaler Konzerne der Information gehört, die in ihren Organen die Selbstzensur, die ihren Interessen entspricht, beibehält und die versuchte, die Welt davon zu überzeugen, daß die Wahl von George W. Bush zum Präsident der USA demokratisch war.

Ménard, der Prophet der globalen Desinformation, verteidigt nicht die Freiheit der Presse, sondern das absurde Konzept der kapitalistischen Freiheit, zu kaufen was man will, die Freiheit der Informationsmonopole, sich alles, was sich in der Nachrichtenwelt bewegt, einzuverleiben, auch wenn es darum geht, die Freiheit der Journalisten dahingehend einzuschränken, Sklaven jener interkontinentalen Monster der Pseudoinformation zu sein.

Ménard spielt den Unschuldigen angesichts der größten Gefahr der Pressefreiheit: der wirtschaftlichen Zensur.

Noch ein aufschlußreiches Detail: Die Pressekampagnen Ménards werden "gratis", wie er sagt, von der weltbekanntesten New Yorker Werbeagentur Saatchi & Saatchi entworfen..., dem Weltriesen der kapitalistischen Propaganda, der 7.000 Beschäftigte und 138 Büros in 82 Ländern hat und der 60 der 100 wichtigsten Konzerne des Planeten als Werbekunden hat; von keinem Geringeren.

Nach alledem muß man sagen, RSF ist ganz einfach der Multi der Lüge. •

Durchsucht, in Handschellen gelegt und verhaftet - in den USA

• WÄHREND seine Freunde vom State Department ihm in Genf, in der Schweiz, ständig zu Hilfe eilten, erwartete Robert Ménard bei einem Besuch in der kalifornischen Metropole Los Angeles eine seltsame Behandlung. Weil er kein Journalistenvisum hatte, wurde der Vorsitzende auf Lebenszeit der Reporter ohne Grenzen verhaftet, mehrmals durchsucht, erkennungsdienstlich behandelt und 26 Stunden lang von den Einwanderungsbehörden festgehalten, die ihn dann nach Frankreich abschoben.

Ménard wollte mit sechs Fachjournalisten die Videospielemesse besuchen, als die Einwanderungspolizei, die das *Patriot Act* zur nationalen Sicherheit anzuwenden hat, feststellte, daß die sieben Franzosen nicht im Besitz der entsprechenden Journalistenvisa waren, die nach den Bestimmungen der Einwanderungsbehörde verlangt werden.

"Wenn Sie Reporter sind und als Journalist in die USA kommen, brauchen sie ein mit I bezeichnetes Visum", erklärte Francisco Arcaute, der Sprecher des Regierungsorgans.

Ménard und seine Freunde kamen am 10. Mai in die USA und verließen diese am 11.

Wegen dieser Demütigung seiner Person, nachdem

er dem Imperium so große Dienste geleistet hat, schrieb Ménard einen Brief an den US-Botschafter in Paris, Howard Leach, und beklagte sich, er sei "wie ein richtiger Krimineller" behandelt worden.

Das Absurdeste der Lage dieser kontroversen Person ist es, daß seine Freunde in Washington jetzt darum bemüht sind, mit aller Gewalt den Vorschlag zu blockieren, ihrem Agenten den Platz in der Menschenrechtskommission wegzunehmen.

Wie Amanda Blatta, die Sprecherin des State Department sagt, hätte Kuba "einen detaillierten Bericht des durch die NGO provozierten Zwischenfalls" verlangen müssen, bevor es deren Ausschluß beantragte.

Die eilige Hilfe Washingtons für diese Person, die so aktiv die Einmischungsoperationen in der Dritten Welt im Gang hält, bestätigt, wenn es denn noch nötig gewesen wäre, wer in Wirklichkeit die Tätigkeit Ménards anleitet. Dieser wiederum vergaß, offensichtlich aufgrund der schlechten Behandlung in Los Angeles, sich zu beschweren ... über eine Verletzung der Pressefreiheit. •